



Nach der Wahl ist vor der Wahl

- Vor uns die Landtagswahl – Wir müssen wieder aufstehen! *Seite 7*
- Mit scharfem Profil in den Wahlkampf! *Seite 8*
- Schonungslose Aufarbeitung der Wahlergebnisse erforderlich *Seite 15*



Aus dem Landtag Brandenburg

- NSU-Untersuchungsausschusses: Wider einer Komplizenschaft *Seite 12*
- Neues Richtergesetz beschlossen *Seite 13*
- Neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen *Seite 14*

Nein zum Krieg gegen den Iran

Von Sevim Dagdelen, Mitglied des Bundestages, DIE LINKE

Wir leben in Zeiten neuer Kriegslügen. Wie 2003 im Vorfeld des völkerrechtswidrigen Irak-Krieges bereiten die USA mit äußerst fragwürdigen Beschuldigungen

gen einen Krieg gegen den Iran vor. Die Eskalation aus Washington bedroht den Weltfrieden wie lange nicht. Berichten zufolge wurden am 20. Juni in letzter Minute

US-Angriffe auf Ziele im Iran abgeblasen. Vorerst.

Nach der einseitigen Aufkündigung des internationalen Atomabkommens mit dem Iran durch US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 kommt es mittlerweile fast täglich zu Zwischenfällen, bei denen mit der Vorlage angeblicher „Beweise“ ein Krieg legitimiert werden soll. Ein Krieg gegen den Iran könnte die ganze Region des Nahen und Mittleren Ostens zerstören mit unabsehbaren Folgen über die Region hinaus und muss unbedingt verhindert werden. Deeskalation ist das Gebot der Stunde.

Washington macht den Iran für die Angriffe auf zwei Tanker im Golf von Oman am 13. Juni verantwortlich. Belege dafür bleibt die Trump-Regierung wie schon bei den Anschuldigungen gegen den Iran nach mutmaßlichen Angriffen auf vier Öltanker am 12. Mai vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate bis heute schuldig. Die Führung im Iran selbst weist die US-Vorwürfe zurück.

Laut US-Außenminister Mike Pompeo gibt es für die iranische Verantwortung indes „keinen Zweifel“, zahlreiche Geheimdienstinformationen belegten dies. Tatsächlich haben die von den USA vorgelegten unscharfen Videos und Bilder null Beweiskraft, sie bestätigen vielmehr den Eindruck, dass hier ein Kriegsgrund konstruiert werden soll.

Notwendig ist eine unabhängige internationale Untersuchung der Zwischenfälle. Fatal dagegen sind die Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Bundesregierung nehme das von den USA vor-



28. Mai 2019, Berlin: Aktion vor der Hauptversammlung von Rheinmetall – Rheinmetall entrüsten! Das Bündnis „Legt den Leo an die Kette“ veranstaltete vor der Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall eine Protestversammlung und forderte „Rheinmetall entrüsten!“.

Text und Foto: Uwe Hixsch

gelegte Material, das angeblich beweisen soll, dass der Iran hinter den Anschlägen auf die Tanker steckt, „natürlich sehr ernst, und es gibt auch hohe Evidenzen“. Deutschland werde allen Seiten, aber vor allem Iran deutlich machen, „dass die Situation nicht verschärft werden darf“.

Zum Abschluss des EU-Gipfels am 21. Juni hat die Bundeskanzlerin in Brüssel schließlich erklärt, es handle sich um eine „sehr angespannte Situation“, die auf diplomatische und politische Weise

gelöst werden müsse. Es ist ein politischer Offenbarungseid für diese Bundesregierung, dass sie den Konflikt zwischen den USA und dem Iran nicht zur Chefsache macht, sondern „am Rande“ des EU-Gipfels auf der Ebene der „außenpolitischen Berater“ besprechen lässt.

Bundesregierung und EU sind darüber hinaus in der Bringschuld, ihrerseits die Verpflichtungen des Atomabkommens zu erfüllen und den Handel mit Iran aufrechtzuerhalten, so dass Teheran keinen Grund hat, die Vereinbarung für

obsolet zu erklären.

DIE LINKE im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gegen das Säbelrasseln der US-Administration öffentlich klar Stellung zu beziehen und bereits jetzt für den US-Aufmarsch am Persischen Golf die Überflugrechte und die Nutzung der US-Basen wie Ramstein zu verweigern. Deutschland darf sich weder direkt noch indirekt an einem Krieg gegen den Iran beteiligen und muss sich im NATO-Rat jeder Ausrufung des Bündnisfalls verweigern.

Quelle: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/nein-zum-krieg-gegen-den-iran

Aus dem Kreistag Oder-Spree

■ Zum Sechsten ...

Zur Eröffnung des Kreistages Oder-Spree



Foto: privat

von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.PIRATEN

Am 25. Juni 2019 konstituierte sich der Kreistag des Landkreises Oder-Spree für seine sechste Wahlperiode. Als „Alterspräsident“ hatte ich die Gelegenheit, vor dem Eintritt in die Tagesordnung einige grundlegende Entwicklungsprobleme des Landkreises zu benennen.

Besonders erfreulich ist, dass vor der Behandlung von Personalfragen

unser Antrag zum Weltfriedenstag am 1. September 2019 – dem 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkrieges – eine Mehrheit gefunden hat. Der Landkreis wird gemeinsam mit seinen polnischen Partnerkreisen dieses Tages gedenken und so unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und der Kreistage ein Zeichen

für die weitere Gestaltung einer guten Zusammenarbeit und gegen Geschichtsvergessenheit setzen.

Unsere Fraktion – das sind nach dem Beitritt von Felix Mühlberg (angetreten auf der Liste der PIRATEN-Partei unter dem Namen „DIE LINKE.PIRATEN“ 10 Abgeordnete des Kreistages.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heute beginnt der sechste Kreistag des Landkreises Oder-Spree mit seiner Arbeit. Nach § 37 Abs. 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg obliegt die Leitung der konstituierenden Sitzung bis zur Wahl des Vorsitzenden dem an Lebensjahren ältesten, nicht verhinderten Mitglied des Kreistages.

Ich wurde am 7. August 1947 geboren und frage der guten Ordnung halber: Ist eine ältere Abgeordnete oder ein älterer Abgeordneter des Kreistages anwesend?

Bevor wir in die Erledigung der uns in verschiedenen Rechtsvorschriften vorgegebenen Aufgaben eintreten ist der Moment, das Augenmerk auf übergreifende Fragen richten.

Vor einem halben Jahr konnten wir den 25. Jahrestag der Gründung unseres Landkreises begehen. Da war Gelegenheit, sich an erfolgreiche und auch turbulente Abschnitte dieser für einen einzelnen Menschen langen Zeit zu erinnern.

Der Kreistag steht nun in der Verantwortung, sich mit weiter wirkenden Ereignissen der Geschichte und mit neu herangereiften Fragen auseinander zu setzen und zeitgemäße Lösungen zu finden.

Im September vorigen Jahres hat der Kreistag erstmals bei unseren polnischen Nachbarn getagt.

Damit wurde ein neuer Abschnitt der gutnachbarlichen Zusammenarbeit eingeleitet. Diese Entwicklung hat der neu gewählte Kreistag aufzunehmen und angemessen weiter zu führen.

Bei allen Einzelheiten, die uns da im Tagesgeschäft bewegen, dürfen wir nicht vergessen: Noch bevor dieser Kreistag zu seiner nächsten ordentliche Tagung zusammentritt, wird sich am ersten September der deutsche Überfall auf Polen, der Beginn des zweiten Weltkrieges, zum 80. Male jähren.

Ich denke, der Landkreis Oder-Spree sollte zu diesem Tag seine polnischen Partnerkreise zu einem gemeinsamen Gedenken einladen. Gerade angesichts aktueller Irritationen erscheint mir eine solche Geste der Verantwortung notwendig. Sie entspricht dem Satz, den sich Brecht für eine deutsche Hymne dachte:

„Und nicht über, und nicht unter andern Völkern wollen wir sein von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.“

Bei uns finden sich im Kleinen die Widersprüche, die in den letzten 30 Jahren im Osten Deutschlands herangereift sind.

Zu seiner Gründung 1993 hatte der Landkreis rund 188 Tausend Einwohner. 2017 waren es 10000 weniger.

Die Zahl der in Eisenhüttenstadt lebenden Menschen hat sich in den letzten 30 Jahren etwa halbiert: von mehr als 53 000 auf rund 25 000.

Und während sich die Zahlen für Fürstenwalde oder Erkner nur geringfügig änderten, sind sie für Schöneiche um etwa die Hälfte gewachsen.

Daraus erwachsen Anforderungen an das, was im Bürokratendeutsch „Ausgleichsfunktion des Landkreises“ genannt wird und woberüber der Kreistag ganz praktisch zu befinden hat.

Das wird umso wichtiger, je mehr aktuelle Probleme die Sorgen der Menschen befeuern.

Wie sollen denn die Leute in Eisenhüttenstadt reagieren, die in drei Jahrzehnten eine Halbierung ihrer Stadt erlebt haben, wenn sie vor wenigen Monaten in den Medien die Auseinandersetzung um die mögliche Schließung des Stahlwerkes erleben mussten?

Wen anders sollen sie für diese Entwicklung anders verantwortlich machen als jene, die regieren und die politische Verantwortung tragen?

Der Kreistag kann in solche Prozesse nur sehr bedingt eingreifen. Aber Möglichkeiten hat er durchaus.

Das reicht von einer flächendeckenden medizinischen Versorgung

über einen öffentlichen Personennahverkehr, der sich nicht auf die Schülerbeförderung reduziert, bis zu einer Struktur der staatlichen weiterführenden Schulen, die allen Kindern die für sie angemessene Bildung sichert und das Bildungsergebnis nicht zu einer Funktion des Einkommens der Eltern macht.

Und nicht zu vergessen: Nach vielen Jahren wirtschaftlicher Prosperität leben im Landkreis noch deutlich über 10000 Menschen in Strukturen, die von Hartz-IV-Theoretikern „Bedarfsgemeinschaften“ genannt werden. Ihre Lebenslage wird wesentlich von der Arbeit des kreislichen Jobcenters geprägt. Ihnen sollte künftig auch in der Arbeit des Kreistages die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Es wird sicher im Kreistag auch künftig Auseinandersetzungen geben. Ich wünsche uns dafür einen kulturvollen Umgang miteinander und den nötigen Respekt vor den demokratischen Regeln.

Der Schriftsteller Maxim Gorki verbrachte in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts einige Zeit in Bad Saarow. Lassen Sie uns im Kreistag dafür arbeiten, dass sich die Menschen im Landkreis ohne Einschränkungen sein Wort zu eigen machen können:

„Das Herrlichste der Welt ist, einen neuen Tag zu sehen.“

■ Viele Aufgaben im Gepäck.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN beginnt ihre Arbeit.

Die Kommunalwahlen sind vorbei und die Wähler haben ihr Vertrauen an Mitbürger aus ihrem regionalen Umfeld verteilt. Neue und langjährig erfahrene Abgeordnete ziehen nun in den Kreistag ein, um die Interessen aus ihren Wahlkreisen zu vertreten.

Die auf der Liste der LINKEN gewählten Abgeordneten haben sich am 28. Mai 2019 zur Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree konstituiert.

Der Fraktion gehören dabei folgende Mitglieder (alphabetisch) an: Dr. Astrid Böger, Rita-Sibylle Heinrich, Bettina Lehmann, Dr. Jörg Mernitz, Dr. Artur Pech, Dr. Eberhard Sradnick, Dr. Bernd Stiller, Tobias Thieme und Stephan Wende.

An dieser Stelle treffen langjährige Erfahrungen von gestandenen Kommunalpolitikern und bodenständigen Praktikern, beständigen Veränderern und Querdenkern aufeinander.

Zu Vorsitzenden der Kreistagsfraktion wurden Dr. Astrid Böger und Dr. Artur Pech gewählt. Diese Doppelspitze hat sich das Ziel gestellt, geschäftsführende, organisatorische Aufgaben und linke politische Strategieentwicklung gemeinsam zum Erfolg zu führen. Vor allem geht es der Fraktion darum, an die Erfolge der Vergangenheit anzuknüpfen und in den nächsten Jahren noch stärker konstruktive Akzente im Kreistag zu setzen. Mit kritischen Nachfragen sollen notwendige sozio-ökologische Veränderungsprozesse angeschoben werden. In enger Abstimmung mit Akteuren aus dem Mobilitätssektor, mit mittelständischen Unternehmen und vor allem Bildungsinstitutionen sollen gestaltend Themen der Digitalisierung angegangen werden.

Die Fraktion hat klare Aufträge aus den Gemeinden und Städten des Landkreises mitgenommen: Kümmert euch um die Belange der

Bürger, um mehr soziale und umweltpolitische Gerechtigkeit, sichere Arbeitsplätze, bessere Mobilität, flächendeckende digitale Absicherung und die Sanierung von Infrastrukturen.

Die Kreistagsfraktion will mit größter Transparenz Wege und Lösungen zu den aktuellen Herausforderungen erarbeiten und in einem permanenten Bürgerdialog gemeinsam schärfen und umsetzen.

Die Fraktion wird in ihrer Arbeit auch eine neue Erfahrung machen: Dr. Felix Mühlberg, auf der Liste der PIRATEN in den Kreistag gewählt, hat seinen Beitritt zu unserer Fraktion erklärt.

Persönlich finde ich besonders positiv, dass wir mit diesem Beitritt aus dem Umfeld digitaler Kompetenzen entsprechenden zusätzlichen Sachverstand erhalten, denn für den ländlichen Raum wird dies immer stärker zu einem zentralen Zukunftsthema werden.



Foto: privat

von **Dr. Astrid Böger**, Bad Saarow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag, Sie kandidiert am 1. September zur Landtagswahl als Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 27 (Dahme-Spreewald II/Oder-Spree I) – Stadt Königs Wusterhausen, Amt Scharmützelsee, Amt Spreenhagen, Stadt Storkow (Mark), Gemeinde Tauche.

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Bad Saarow

Axel Hylla – unser linker Bürgermeister

Die Stichwahl zum ehrenamtlichen Bürgermeister konnte Axel Hylla für sich gewinnen mit 1020 Stimmen, 53,4 Prozent. Sein Gegenkandidat Christian Schroeder von der CDU erhielt 890 Stimmen, 46,6 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,3 Prozent.

Axel Hylla war positiv überrascht, mit diesem Wahlausgang hatte er zunächst nicht gerechnet. Zu den Kommunalwahlen am 26. Mai waren insgesamt vier Kandidat*innen angetreten, zwei davon parteilos. Entgegen dem Trend bei Einzelwahlen, Parteilo-se zu bevorzugen, der sich in den Kommunalwahlen landesweit abzeichnete, konnten die beiden anderen Kandidat*innen nicht genug Stimmen erreichen, um in die Stichwahl zu kommen, darunter die bisherige Amtsinhaberin Anke Hirschmann vom Bündnis „Demokratie direkt“. Auf Christian

Schroeder waren im ersten Wahlgang 29,2 Prozent der Stimmen entfallen, auf Axel Hylla 29 Prozent. Der deutlich größere Abstand bei der Stichwahl zeigt, dass es der LINKEN in Bad Saarow gelungen ist, ihre Wähler*innen auch für die Stichwahl erneut zu mobilisieren.

Axel Hylla bekräftigte nach der Wahl, konstruktiv mit allen Gemeindevertretern, der Verwaltung, den örtlichen Vereinen und Institutionen und allen Bürgerinnen und Bürgern zusammen arbeiten zu wollen. Bei seiner früheren Amtsinhaberin hatten manche Bad Saarower Sachlichkeit und Offenheit für unterschiedliche Lösungsvorschläge vermisst. Auch deshalb steht eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gemeindevertretung und Bürgermeister im Vordergrund. Bad Saarow ist ein Ort, der sich gut entwickelt und zu einem beliebten Touristenma-

gneten geworden ist. Gerade deshalb sind nachhaltige linke Ideen gefragt, wie das Zusammenleben zwischen Alten und Jungen, Alteingesessenen, Neubürgern und Touristen gefördert werden kann.



Gratulation an Axel Hylla (Mitte) von den Mitgliedern des Kreisvorstandes DIE LINKE Rita-Sybille Heinrich und Christopher Voß. Foto: DIE LINKE

von **Julia Wiedemann**, Woltersdorf, Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree



Foto: DIE LINKE

von
Martha Herzog,
Woltersdorf

■ Woltersdorf nach der Kommunalwahl 2019

DIE LINKE Woltersdorf erwartete mit Spannung das Ergebnis der Kommunalwahlen. Nach einem intensiven Wahlkampf und vielen Terminen hoffte man, weiterhin drei Mandate zu erhalten oder die Fraktion sogar ausbauen zu können. Leider zeigte das Ergebnis, dass die Woltersdorfer Bürgerinnen und Bürger anderer Parteien und Wählervereinigungen den Vorzug gaben.

Großer Wahlgewinner waren SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die jeweils mehrere Sitze hinzugewannen. Zwar konnte DIE LINKE insgesamt rund 200 Stimmen mehr gewinnen als 2014. Dies reichte jedoch nicht aus, um

die drei Mandate der vergangenen Legislaturperiode zu halten. Nun wird die Fraktion verkleinert aber mit weiterhin viel Kraft, Ausdauer und Durchsetzungsvermögen in die kommenden Sitzungen starten. Gewählt wurden Sebastian Meskes, Vorsitzender DIE LINKE Woltersdorf, und Jutta Herrmann. Beide sind seit vielen Jahren in der Gemeindevertretung aktiv und stolz darauf, sich auch in den kommenden Jahren für linke Themen stark machen zu dürfen.

Ganz oben auf der Agenda steht das Thema kommunaler Wohnungsbau. Da der Wohnungsmarkt in Woltersdorf, wie in anderen Kommunen auch, leergefegt ist, muss dringend sozialverträglich neu gebaut werden. Gerade junge Menschen, die nach ihrem Schulabschluss oder ihrer Ausbildung in Woltersdorf bleiben möchten, haben schlicht keine Möglichkeit, sich die eigenen vier Wände leisten zu können. Ziel ist es, die Gemeinewohnungsbaugesellschaft Woltersdorf mbH zu stärken, um in Woltersdorf Wohnungen zu fairen Preisen vermieten zu können.

Wer morgens mit dem Rad von Woltersdorf nach Erkner pendelt, weiß, wie gefährlich der Weg auf der Ethel-und-Julius-Rosenberg-

Straße sein kann. Autofahrer überholen, ohne Abstand zu halten oder drängen Radler von der Straße ab. Auf der Strecke wurde zwar bereits ein Tempolimit eingeführt, jedoch reicht das nicht aus, um Radfahrer tatsächlich zu schützen. Ein ausgebauter Radweg ist an dieser Stelle dringend erforderlich, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gewährleisten zu können.

Bereits seit einiger Zeit macht sich DIE LINKE Woltersdorf mit ihrer Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendklub für die jungen Woltersdorfer stark. Gerade Jugendliche brauchen einen Ort, um sich zu treffen und feiern zu können. DIE LINKE möchte diesen Ort durch die angestrebte Selbstverwaltung in die Verantwortung der Jugendlichen geben, damit diese mit ihrer Einrichtung sorgsam umgehen und sich dafür engagieren, wenn es um Erhalt oder Ausbau geht.

Bereits im Wahlkampf zeigten sich andere Parteien und Wählervereinigungen offen für eine inhaltliche Zusammenarbeit mit der LINKEN. Sebastian Meskes und Jutta Herrmann werden sich nun in den kommenden Sitzungen und Gesprächen für diese Ziele einsetzen.

Sebastian Meskes zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung Woltersdorf gewählt



Bereits am 18. März konstituierte sich die neue Woltersdorfer Gemeindevertretung. Auf Vorschlag des Woltersdorfer Bürgerforums wurde Sebastian Meskes mit 13 Ja- bei 5 Nein-Stimmen zum Vorsitzenden der Gemeindevertretung wiedergewählt. Auch die Ausschüsse wurden besetzt. Sebastian Meskes vertritt DIE LINKE im Hauptausschuss, im Sozialausschuss sowie

im Ausschuss für Ortsplanung, Jutta Herrmann gehört dem Bau- und dem Finanzausschuss an.

■ Müllrose

Buntes Kindertagsfest der LINKEN

von
**Annekatrin
Schwaeger,** Müll-
rose, DIE LINKE
Schlaubetal

Am 2. Juni 2019 hatte DIE LINKE Schlaubetal zum nunmehr 5. Kindertagsfest in Müllrose im Schützenpark eingeladen und viele Fami-

lien aus Müllrose und dem Umland waren dieser Einladung bei strahlendem Sonnenschein gefolgt.

Zum Auftakt zeigten auch in diesem Jahr die Tanzgruppen des Mixdorfer SchlaubeGetümmels neue fröhlich-bunte Tänze und begeisterten damit die Festgäste. Aber auch zahlreiche Mitmach-Aktionen, u. a. mit dem Müllroser Anglerverein, der Müllroser Feuerwehr, dem Verein Frauen für Frauen mit ihrer Bastel- und Malstraße sowie sportliche Aktionen, eine Hüpfburg und Ponyreiten ließen die Zeit rasch vergehen. Lilli und Alexa aus Müllrose hatten alle Hände voll zu tun, Kindergesichter bunt und fantasie reich zu schminken. Der Auftritt des Berliner Theaters aus

dem Koffer wurde spontan an einen Schattenplatz im Park verlegt, an dem Meister Ton und die Liederfee die Kinder mit auf eine musikalische Reise nach Klingklang nahmen.

Ein Kuchenbasar, kühles Eis sowie Würstchen vom Grill sorgten u. a. für das leibliche Wohl. Familie Schuster mit ihrem Grunower Bücherschuppen spendete am Ende der Veranstaltung die Einnahmen aus dem Bücherverkauf dem Müllroser Anglerverein für seine Jugendarbeit.

Herzlichen Dank an alle unsere Partnerinnen und Partner, Helferinnen und Helfer, die zum Gelingen des Festes beigetragen haben.



Foto: DIE LINKE Schlaubetal

■ **Erkner**

Einladung zu guter Zusammenarbeit

Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung konstituiert

Schon wenige Tage nach der Kommunalwahl Ende Mai kamen die Genossen und Parteilosen zusammen, die sich auf der Liste der Partei DIE LINKE zur Kommunalwahl in Erkner gestellt hatten.

Sie besprachen das Wahlergebnis, das mit 30,06 Prozent der Stimmen im Umlandvergleich hervorragend ausgefallen ist, jedoch im Verhältnis zur Wahl 2014 leichte Verluste bedeutet. Das Ergebnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das mit 12,73 Prozent dem allgemeinen Trend folgend recht hoch ausfiel, mag ein Faktor dafür gewesen sein. Wahlsieger ist die SPD mit 37,54 Prozent der Stimmen, auf Platz drei lief die CDU mit 19,66 Prozent ein.

In der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Erkner bedeutet das für die SPD acht, für DIE LINKE sieben, für die CDU vier und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drei Sitze.

„Die Gewinnung von Mehrheiten wird nicht einfach, aber erscheint durchaus möglich angesichts des breiten Spektrums verschiedener Persönlichkeiten und Standpunkte in der SVV. DIE LINKE reicht allen Stadtverordneten ohne Vorbehalte die Hand für sachliche und faire Diskussionen

mit ausgewogenen Entscheidungen im Dienste der Menschen, die uns in dieses Ehrenamt gewählt haben“, erklärt Franziska Schneider, die zur Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE gewählt wurde.

Zu ihrer Stellvertreterin wurde Dr. Elvira Strauß berufen. Für den Hauptausschuss nominierten die Teilnehmer der Konstituierungssitzung Michael Voges, Andrea Pohl und Dr. Elvira Strauß. In den Bau- und Stadtentwicklungsausschuss wurden Andrea Pohl, Silke Voges und Franziska Schneider entsandt. Im Finanz- und Tourismusausschuss wird DIE LINKE von Michael Voges, Andrea Pohl und Anke Jakisch vertreten, während Anke Jakisch, Kathleen Krüger und Silke Voges linke Politik mit Herz und Verstand im Sozialausschuss umsetzen wollen.

Auch die für eine gute Ausschussarbeit erforderlichen sachkundigen Einwohner (SE) konnten im Rahmen der Konstituierungssitzung bestimmt werden.

Zudem entschieden die Anwesenden mit großer Mehrheit, Dr. Elvira Strauß als erste Stellvertreterin der Vorsitzenden der SVV vorzuschlagen und sie in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft Erkner mbH zu entsenden.

Im Verlauf der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einige Tage später wurde DIE LINKE mit der Leitung des Finanzausschusses betraut, die Michael Voges wahrnimmt.



von **Uwe Meier**,
Erkner
Foto: privat



Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE und drei sachkundige Einwohner (v.l.): Michael Voges, Silke Voges, Georg Hochhuth (SE), Anke Jakisch, Ursula Paape (SE), Kathleen Krüger, Andrea Pohl, Hannelore Buhl (SE), Dr. Elvira Strauß, Franziska Schneider, Foto: Uwe Meier

Brandenburgische Seniorenwoche eröffnet

Den Seniorinnen und Senioren eine ständige Rubrik im „Widerspruch“

Die Eröffnungsveranstaltung der 26. Brandenburgischen Seniorenwoche, die am 14. Juni auf der Burg Storkow stattfand, war in erster Linie von kurzweiligen Reden und zahlreichen Auszeichnungen geprägt.

So amüsierte ich mich, als unser Landrat Herr Lindemann zu Recht darauf verwies, dass niemand von „einem Roboter oder künstlicher Intelligenz beraten, gepflegt oder unterstützt werden möchte“, und sein Amtskollege aus Stubice den Älteren eindringlich empfahl, sich mit den modernen Medien vertraut zu machen, um mit den Kindern und En-

keln in der ganzen Welt kommunizieren zu können.

Und da bin ich bei einer Würdigung angelangt, die gerade die Kommunikation und das Sprachverständnis zwischen den polnischen und deutschen Senioren hervorhebt.

Renate Breiter aus Erkner leitet seit Jahren Polnisch-Sprachkurse in Erkner und ist bei Treffen mit der polnischen Part-

nergemeinde Gołuchów als Sprachmittlerin tätig. Ihr Engagement im Seniorenbeirat und im Heimatverein von Erkner ist vielfältig und hat u. a. dazu geführt, dass Lieder in Polnisch einstudiert und bei Treffen mit Akteuren aus Gołuchów dargeboten wurden.

Herzlichen Glückwunsch und Danke an Renate Breiter!

Für die nächste Zukunft will ich den

Versuch starten, im „Widerspruch“ eine ständige *Seniorenecke* zu etablieren, die über die Arbeit unserer älteren Generation berichtet und das nicht nur zur Brandenburgischen Seniorenwoche. Doch anfangen möchte ich gerade mit dieser!

Ich werde versuchen, die weiteren Ausgezeichneten und die Arbeit der Seniorenbeiräte im Kreis in den nächsten *Seniorenecken* vorzustellen.

Bis dahin!
Ihre *Rita-Sybille Heinrich*
Mitglied des Kreistages
Oder-Spree



Renate Breiter, Foto: Rita-Sybille Heinrich

■ **Steinhöfel**

Teurer Spaß im ehemaligen Schweinestall?

Bedenken und neuer Denkanstoß der LINKEN

von
Martina Richter,
Basisorganisation
DIE LINKE Stein-
höfel

Derzeit sorgt ein geplantes Bauvorhaben in Steinhöfel für Wirbel. Es geht um den ehemaligen Schweinestall, gelegen in der Demnitzer Straße (gegenüber des Angerhauses), der für etwa 2,25 Mio. € zu einem Sport- und Multifunktionsgebäude ausgebaut werden soll.

In der Sitzung des Bauausschusses vom 7. Februar 2018 wurde erstmals über die Möglichkeit des Ankaufes des Objektes informiert. Im Juni 2018 beschloss die Gemeindevertretung (ohne Stimmen der „Aktiven Bürger“) das Objekt ankaufen zu wollen. Nachdem das Grundstück dann drei Monate später in den Besitz der Gemeinde überging,

Fertigstellung des Bauvorhabens auf dem Tisch lag.

Die Fördersumme des Landes Brandenburg für dieses Vorhaben beläuft sich auf etwa 1,69 Mio. €, so dass der Eigenanteil der Gemeinde bei etwa 562 000 € angesetzt und am 5. Dezember 2018 in den Haushaltsplan 2019/2020 eingeplant wurde. Nach dem Beschluss zur Beantragung der Fördermittel vom 14. Mai 2019 wurde ein Planungsbüro in Höhe von 75 000 € beauftragt.

Wo liegt das Problem?

Zum einen soll es dem Unterstellen von Gemeindetechnik dienen.

sen, ist uns bewusst. Dass Geld nicht aus dem Fenster geschmissen werden soll, allerdings auch.

Geht ein Objekt im Wert von 2,25 Mio. € in die Anlagebilanz der Gemeinde über, so fallen auf diesen Wert Abschreibungen an, also ein jährlicher Werteverlust, der als Aufwendung gebucht werden muss. Unklar ist bisher, welche Höhe an Abschreibungen jährlich auf unsere Gemeinde zukommen werden. Laut der Abschreibungstabelle für allgemein verwendbare Anlagengüter (AfA-Tabelle) des Bundesfinanzministeriums werden Turnhallen über 30 Jahre (3,3 Prozent pro Jahr) und Gemeindegäuser über 50 Jahre (2 Prozent pro Jahr) abgeschrieben. Im günstigsten Fall liegen die Abschreibungen also bei jährlich 45 000 €. Hinzu kommen mindestens noch Aufwendungen für Wasser, Strom und Heizung.



Der alte Schweinestall



Die ehemalige Gaststätte „Ulmenhof“

Fotos: Peter-Martin Mattig

Einstige Gaststätte „Ulmenhof“ als Alternative

Keine 100 Meter entfernt vom Schweinestall befindet sich der einstige „Ulmenhof“, wo sich zuletzt das Restaurant „La Forchetta“ befand. Das gesamte Objekt steht für 322 635 € (inkl. Maklerkosten etc.) zum Verkauf (Stand 15. Mai 2019). Das wäre also weniger als der Eigenanteil der Gemeinde für den Umbau des ehemaligen Schweinestalls. Auf dem Nebengelass könnte auch Gemeindetechnik aufbewahrt werden. Unter Beteiligung der Steinhöfeler*innen könnten Ideen für die Innen- und Außennutzung gesammelt werden. Zumindest gibt es im Ulmenhof einen großen Saal als Versammlungsraum.

Auch wegen des wachsenden Zuzugs ins Berliner Umland könnte hier ein Objekt entstehen, das der Gemeinde deutlich mehr Nutzen und gar Mieteinnahmen durch im Gebäude vorhandene Wohnungen bringen könnte.

Vor diesem Hintergrund geben wir die Hoffnung nicht auf, dass der Beschluss für das Sport- und Multifunktionsgebäude durch die neue Gemeindevertretung aufgehoben wird und sich die Gemeinde schnell und intensiv mit dem einstigen Ulmenhof befasst.

beantragte die Gemeindevertreter*innenversammlung am 26. September 2018 Fördermittel für den Umbau, obwohl zu diesem Zeitpunkt kein Nutzungskonzept und auch keine Schätzung über die jährlich anfallenden Aufwendungen nach

Wir fragen uns: Was soll das für Technik sein? Wo steht die Technik derzeit oder geht es um Technik die erst noch erworben werden soll?

Zum anderen war die Rede davon, in das Gebäude eine Bowlingbahn/Kegelbahn zu bauen. Vom Ortsteil Steinhöfel bis zur nächst gelegenen Bowlingbahn, an der Großen Freizeit in Fürstenwalde, sind es nicht einmal zehn Autominuten. Gleichzeitig befindet sich in Beerfelde eine Kegelbahn. Bei dieser Faktenlage haben wir kein Verständnis dafür, aus dem Gemeindehaushalt über eine halbe Mio. Euro für dieses Vorhaben zu entnehmen.

Ebenso ist ein Versammlungsraum geplant. In welchem Flächenverhältnis diese Nutzungsmöglichkeiten zueinander stehen, war bis zur Abstimmung unklar.

Unverantwortliche Haushaltspolitik

Dass Sport und Kultur nicht zu den Haushaltsposten gehören, die unbedingt Gewinne abwerfen müs-

DANKE!

DANKE an alle Wähler*innen für die Wahl sowie für das Vertrauen in unsere Kandidatinnen für DIE LINKE in Steinhöfel!

Ein großes Dankeschön geht an alle Unterstützer*innen und Wahlhelfer*innen!

In die Gemeindevertretung Steinhöfel wurden gewählt:

- Bettina Lehmann (DIE LINKE)
- Britta-Janina Messerschmidt (DIE LINKE)

Mit 998 Stimmen wurde Bettina Lehmann auch in den Kreistag Oder-Spree gewählt.

Martina Richter, DIE LINKE Steinhöfel

Vor uns die Landtagswahl – Wir müssen wieder aufstehen!

Eine Bewertung der Wahlen vom 26. Mai im Landkreis Oder-Spree

Ergebnisse in Städten und Gemeinden

Bereits bei der Aufstellung unserer Listen zeichnete sich ab, dass trotz vieler Gespräche, die Motivation für uns zu kandidieren, geringer ausfiel als vor fünf Jahren. So fanden sich diesmal etwa ein Sechstel weniger Kandidat*innen.

Bis auf prozentuale Zuwächse in Tauche und Steinhöfel erzielten unsere Listen teils dramatisch weniger Stimmen als im Jahr 2014. So rutschten wir von kreisweit 62 Sitzen auf 49 Sitze ab, was auf der Ebene Städte und Gemeinden bei einer Gesamtzahl von 493 Sitzen nicht mal mehr 10 Prozent Verankerung im Landkreis entspricht. Das ist sehr besorgniserregend.

Wahl des Kreistages

Die unterschiedliche Verankerung unserer Partei im Landkreis machte sich auch bei der Wahl zum Kreistag bemerkbar. Allgemein gesagt fällt unserer Zustimmung weiter ab, je mehr man sich vom Rande Berlins bis zur Grenze Polens bewegt.

Kreisweit verloren wir etwa 5,8 Prozent und werden im Kreistag nur noch mit 9 statt 12 Mandaten vertreten sein. Der Wahlausgang macht den Kreistag bunter und erschwert das Organisieren von Mehrheiten. In zwölf Landkreisen des Landes Brandenburg hatte unsere Partei noch schwächere Ergebnisse zu verzeichnen.

Die Verabschiedung einer neoliberalen Schuldenbremse, eine meist als Bedrohung wahrgenommene Kreisgebietsreform, als auch Verschärfungen des Polizeiaufgabengesetzes gehörten auf Landesebene nicht gerade zu politischen Projekten, die unseren Markenkern pflegten. Andererseits ist es uns als Landesverband nicht zur Genüge gelungen Erfolge von Rot-Rot insbesondere im Bildungsbereich zu vermitteln.

Wahl zum EU-Parlament

Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung spricht für eine seit 2016 anhaltende Politisierung in der deutschen Gesellschaft und eine Verschärfung der gesellschaft-

lichen und politischen Konflikte. DIE LINKE erhielt magere 5,5 Prozent. Einen so geringen Wert hatte die Partei seit ihrer Gründung bei einer bundesdeutschen Wahl bisher nicht eingefahren. In Brandenburg rutschte sie um 7,4 Prozent-Punkte auf 12,3 Prozent ab, in Oder-Spree kam sie auf 13,4 Prozent.

Es zeigte sich, dass sich die Wähler*innen in der gleichen Wahlkabine je nach Ebene für teilweise verschiedene Parteien entschieden. Das erklärt, weshalb DIE LINKE in LOS bei der Wahl zum Kreistag in Oder-Spree 2,7 Prozent mehr erhielt als zur EU-Wahl.

Angesicht der Zahlen gerät das Vergleichsjahr 2002 schnell in den Blick, als die Partei bis auf zwei Direktmandate, nicht mehr in den Bundestag einzog und von einer Existenzkrise gepackt wurde.

In Ostdeutschland erhielt die PDS damals 16,9 Prozent, jetzt 13,8 Prozent. Der Abwärtsstrudel blieb nicht nur auf SPD und CDU beschränkt. Die PARTEI hat fast eine Million Stimmen bei der EU-Wahl erhalten, also nahezu halb soviel wie DIE LINKE, die allein an die Grünen 610 000 Stimmen abgegeben hat. Deren Kompetenzwerte zur Lösung des Klimanotstandes waren überragend und sie konnten mehr Aufbruchstimmung erzeugen.

Umweltfragen und Soziales bedingen einander

Es ist nicht davon auszugehen, dass die Grünen bis zur nächsten Bundestagswahl zugeben, dass ein radikaler Umwelt- und Klimaschutz mit dem Kapitalismus unvereinbar ist. Für die vorprogrammierte Enttäuschung sollten wir uns als LINKE gut vorbereiten. Es geht dabei einerseits darum, Frieden und Soziales mehr Gewicht in der Außenkommunikation zu geben, ohne unsere deutlich radikaleren Positionen beim Klimaschutz zu verschweigen, zumal im linken Milieu mit 90 Prozent der Klimawandel sogar als größere Sorge angesehen wird, als bei den Anhänger*innen der Grünen.

Die Abnahme unseres Stammklientels als auch die Tatsache, dass

wir seit jeher zu EU-Wahlen eine schwächere Mobilisierungsfähigkeit haben, müssen in Rechnung gestellt werden. Damit dürfen wir uns jedoch nicht abfinden. Wir haben gute Ansätze, soziale Fragen mit Ökologie und Globalisierung zu verbinden, doch fällt es uns derzeit schwer, diese Themenbereiche mit dem Markenkern der LINKEN zu verbinden, nämlich dem Konflikt zwischen Oben und Unten in Verbindung mit dem Stellen der Klassenfrage in möglichst vielen Bereichen. Unser am 15. Juni verabschiedetes Wahlprogramm zur Landtagswahl bietet hier gute Ansätze. Nehmen wir damit energisch Kurs auf den 1. September!



von **Christopher Voß**, Fürstenwalde, Vorsitzender DIE LINKE Oder-Spree

Ergebnisse der Wahl des Kreistages Oder-Spree		
Partei/Wählergruppe	Prozent	Sitze
SPD	18,72	10
AfD	18,44	10
DIE LINKE	15,72	9
CDU	15,51	9
GRÜNE	8,73	5
BVB/Freie Wähler	8,56	5
FDP	5,55	3
B-J-A	3,85	2
NPD	1,22	1
BVFO	1,43	1
PIRATEN	1,38	1
MV Storkow	0,88	0
gesamt	100	56

22. Juni 2019, Keyenberg/Hochneukirch (NRW): Aktionstag „Kohle stoppen! Klima und Dörfer retten!“



Mehr als 8 000 Aktive gingen zum Aktionstag „Kohle stoppen! Klima und Dörfer retten!“ auf die Straße, um gegen die umwelt- und klimazerstörende Braunkohle zu demonstrieren.

Text und Foto: Uwe Hiksich



von
Peter-Martin Mattigk,
Fürstenwalde,
Mitglied des Kreis-
vorstandes, Beauf-
tragter für Öffent-
lichkeitsarbeit,
Foto: privat

Mit scharfem Profil in den Wahlkampf!

Über die 2. Tagung des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg

Am 15. Juni fand im Holiday-Inn Hotel in Schönefeld bei Berlin die 2. Tagung des 6. Landesparteitages unseres Landesverbandes statt, auf dem das Landtagswahlprogramm beschlossen werden sollte.

Die anfänglichen Reden unserer Spitzenkandidaten Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter machten klar, dass die Landespartei ganz klar als linke Kraft in den Landtagswahlkampf geht, welche sich als starke Stimme des Ostens und der Schwachen in der Gesellschaft versteht und die mit Parteien wie der CDU, welche der AfD den kleinen Finger reichen wollen, nicht nach der Landtagswahl koalieren wird.

Mit etwa 200 Änderungsanträgen zum Programmentwurf wurde sichtbar, dass viele Genoss*innen sich mit dem Papier intensiv befasst hatten. Ein Großteil davon war redaktioneller Art. Im Vorfeld des Parteitages hatte sich unser Kreisvorstand darauf verständigt 14 Änderungsanträge zum Programmentwurf mit einzureichen.

■ Zu denjenigen, die der Landesvorstand im Vorfeld übernommen hatte, gehörte zum einen die Aufhebung des Tanzverbotes an Karfreitag. DIE LINKE steht für eine freie offene Kultur für alle. Das bedeutet auch, dass die Freiheit zu Tanzen nicht durch christliche Ideologie und daraus resultierende Zwänge wie den

Tanzverboten an stillen Feiertagen eingeschränkt werden darf. Menschen sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie bspw. am Karfreitag tanzen gehen. Zudem gehört zu einer konsequenten Trennung von Staat und Religi-

Vertreter*innen der Basis eine kantige Profilierung wollten. Folgende der vom Kreisvorstand Oder-Spree mit-ingereichten Anträge überzeugten die Mehrheit der Delegierten:

■ Der Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung bis zum Jahr 2030!
Diese Forderung entspricht auch dem Beschluss des letzten Europa-Bundesparteitages. Dieser hat dieses Jahr beschlossen, einen Kohleausstieg bis 2030 zu fordern. Somit können wir gerade den jungen Wähler*innen deutlich machen, dass wir für eine konsequente – aber eben auch zugleich sozial gestaltete – Klimaschutzpolitik stehen.

■ Die Schaffung einer landeseigenen Energieagentur!
Der soll als Projektpartner, Netzbetreiber und eigenständiger Produzent regenerativer Energien, die Energiewende in öffentlicher Hand, regional, dezentral und enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, Energiegenossenschaften und Stadtwerken umsetzen. Aufgrund des Marktversagens in dem Bereich muss die Gesellschaft durch den Staat das Heft des Handelns in die Hand nehmen.

■ Die Einführung des kostenfreien und fahrscheinlosen ÖPNV!
Wir sind der Ansicht, dass Modellprojekte nur eine Ausrede dafür sind, nicht sofort zur Tat zu schreiten. ÖPNV muss jetzt und nicht erst übermorgen massiv ausgebaut und attraktiver als der PKW-gebundene Individualverkehr werden. Fahrscheine abzuschaffen und keine Entgelte für Busse, Bahnen und Tram ist ein Anfang.

■ Die Rückzahlung der verfassungswidrigen Rückmeldegebühren an öffentlichen Brandenburger Hochschulen an alle Betroffenen. Eine finanzielle Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen des BbgHg ermögli-



Motto des Parteitages, Foto: DIE LINKE Brandenburg

on, auch diese Bevorzugung der Kirche zu beenden.

■ Ebenfalls übernommen wurde die Forderung, die 1. Klasse im Geltungsbereich des VBB abzuschaffen. Rund 300000 Menschen pendeln täglich zwischen Brandenburg und Berlin. Eine große Rolle spielen dabei die Züge des Regionalverkehrs. Diese sind auf vielen Strecken im Bereich der 2. Klasse, nicht nur in den Stoßzeiten, voll ausgelastet oder gar überfüllt. Für viele Pendler*innen ist es zu Recht völlig unverständlich, warum in einer solchen Situation ein 1. Klasseabteil vorgehalten wird, welches oft weitgehend leer ist.

Auf Zustimmung beim Landesvorstand stieß ebenfalls unser Antrag, alle sowjetischen Ehrenmale unter Denkmalschutz zu stellen und finanzielle Mittel für ihre Instandhaltung zur Verfügung zu stellen. Durch entsprechende Förderung wollen wir die Erinnerungskultur an diesen Orten lebendiger gestalten.

Während der Tagung in Schönefeld ging es nun darum, eine Mehrheit der Delegierten für weitere Änderungsanträge zu gewinnen. Die Antragsdebatte wurde über weite Strecken recht leidenschaftlich geführt, auch weil an diesem Tage schnell klar wurde, dass



Tobias Thiele – Liedermacher und Cuba Sí-Aktivist – lieferte die musikalische Einleitung in den Arbeitsteil nach der Mittagspause. Foto: DIE LINKE Brandenburg

chen, um diese in eine staatliche Hochschule überführen zu können.

- Eine Deckelung der Mieten in Brandenburg!
Nach dem Vorbild des vom Berliner Senat angekündigten Mietendeckels auch in jenen Regionen Brandenburgs, die Mieten für fünf Jahre deckeln, die besonders mit steigenden Mieten zu kämpfen haben.
- Vorrang von Investitionen in die Zukunft des Landes Brandenburg, insbesondere in Zeiten der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als Ziel beschreibt und dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, ist für uns

nicht nachhaltig und lehnen wir deshalb ab.

Hervorzuheben sind außerdem folgende aufgenommene Forderungen:

- eine landeseigene Wohnungsgesellschaft schaffen, die als Projektpartner und eigenständiger Bauträger insbesondere kleine und mittlere Kommunen dabei unterstützt, mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und dauerhaft in öffentlicher Hand zu halten
- die geforderte Schaffung einer Medizinischen Fakultät an der BTU Cottbus-Senftenberg
- ein klares Bekenntnis dazu, keine weiteren Kompetenzzuwächse für die Polizei mehr mitzutragen

- sowie deutliche Verbesserungen im Bereich der Mobilität, die insbesondere von unserem Fritz Viertel, seines Zeichens Landesvorsitzender des Verkehrsclub Deutschland (VCD) Brandenburg in der Antragsdebatte eingebracht wurden

Mit dem Verlauf des Parteitages war ich zufrieden und bin der Meinung, dass wir in unserem Programm Positionen aufgenommen haben, die unser Profil als sozialistische Kraft im Land deutlich schärfen können. Nun kommt es auf unsere Kandidat*innen und die Basis an, was wir aus dieser Grundlage im anstehenden Wahlkampf machen. Packen wir es an!

Zur Generaldebatte des Parteitages – bekannte und neue LINKE kamen zu Wort

Trocken die Überschrift und schwer zu lesen: „Landeswahlprogramm zur Landtagswahl 2019“. Man könnte vermuten, dass den Delegierten ein super anstrengender und ermüdender Samstag bevorstand. Weit gefehlt! Anstrengend ja – ermüdend nein!

Es ging stellenweise hoch her und es wurde kräftig beantragt, diskutiert, angenommen oder abgelehnt. Dazu berichtet Peter Mattigk im vorstehenden Beitrag.

Vor einer kurzweiligen Einstimmung durch unsere beiden Spitzenkandidaten Katrin Dannenberg und Sebastian Walter wurden die Genoss*innen mit warmen Worten verabschiedet, die nicht mehr zur Landtagswahl antreten. Das sind Anita Tack, Gerrit Große, Margitta Mächtigt und Volkmar Schöneburg. Allesamt Genoss*innen, die so selbstverständlich zur brandenburgischen LINKE-Politik gehören, dass ich mir das Parlament ohne sie nicht vorstellen kann. Auch von mir nochmal ein herzliches Dankeschön!

Die anschließende Generaldebatte führte durch eine Vielzahl von Themen. Stellvertretend möchte ich hier einige Redner hervorheben, deren Beiträge in besonderer Weise auf mich als Delegierte wirkten.

- *Boguslaw Wontor* von der SLD Polen überbrachte herzliche Grüße und sprach über ein Europa,

das verbinden soll und das zur Überwindung der sozialen Probleme gemeinsam handeln muss.

- *Helmut Scholz*, der für uns wieder in das EU-Parlament einzog (Glückwunsch!), brachte dies ebenfalls zum Ausdruck und hob hervor, dass nur mit gemeinsamen, verstärkten Anstrengungen in Europa der Klimakollaps verhindert werden kann.
- Unsere scheidende bildungspolitische Sprecherin *Gerrit Große* wandte sich an die Delegierten mit den Worten: „Haltet die Eltern in den kommunalen Vertretungen fest. Wir brauchen sie als Check, ob das, was wir machen, für die Kinder auch das Richtige ist. Wir werden in dieser Legislatur die Beitragsfreiheit intensiv angehen.“
- Als Gastredner mahnte *Danilo Fischbach* (Landeskita-Elternsprecher), die schnelle komplette Kitabetragsfreiheit an und forderte dazu auf, der Erzieherausbildung im Land einen größeren Stellenwert einzuräumen, dafür Sorge zu tragen, dass Praktika in den Einrichtungen bezahlt werden und das Schulgeld für diese Ausbildung wegfällt. *Danilo Fischbach* war im Übrigen auf Einladung unseres Kreisverbandes LOS zum Parteitag gekommen. Von den insgesamt 15 Rednern möchte ich schlaglichtartig noch nennen:

- *Michael Elte*: Sanktionen gegen Russland sind falsch!
- *Anke Domscheid-Berg*: Digitalisierung als Chance nutzen!
- *Anita Tack*: Wir müssen Enkelpolitik machen und in die Zukunft investieren!
- *Stefanie Rose*: Wohnraum für Familien schaffen – u.a. durch Wohnraumtauschbörse, die durch das Land gefördert wird!
- *Andrea Joblige*: Wir müssen wieder als „Kümmerer“-Partei wahrgenommen werden und einen Privatisierungsstopp im Wohnungssektor erreichen.
- *Anke Schwarzenberg*: „Beim Kohleausstieg in der Lausitz müssen wir eine Politik machen, die die Menschen mitnimmt!“
- *Fritz Viertel*: ÖPNV und Klimaziele gehören zusammen und stellen uns vor immense Herausforderungen!

Die Themen waren vielfältig und es ist schwer, über alle ausführlich zu berichten.

Resümierend kann ich aber feststellen, dass wir als LINKE in Brandenburg thematisch so breit aufgestellt sind, dass an uns niemand vorbei kann, der sich ernsthaft für die Menschen im Land einsetzt!

Eine Information am Rande: Der Zeitplan wurde nur um 45 Minuten überzogen! Danke an die Organisatoren und die Antragskommission für die gute Vorbereitung und die straffe Sitzungsführung!



von
Rita-Sybille Heinrich,
 Erker, stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree, Mitglied des Kreistages Oder-Spree



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
Deutscher Bundes-
tag, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Glen Dammann,
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma06@bun-
destag.de

Vor dem Juni-Gipfel

Wahlnachlese in Brüssel

Eine Woche nach der Europawahl ist in Deutschland die Selbstbeschäftigung mit der instabilen Lage der Bundesregierung so groß, dass kaum mehr die Nachrichten über den erratischen US-Präsidenten Donald J. Trump durchdringen. Aber die Instabilität resultiert nicht aus dem Dissens zwischen den Regierungsparteien wie noch 2016 und 2017, sondern aus dem Streit in den Parteien über die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Europa-, Kommunal- und Landtagswahl vom 26. Mai.

Zusammen liegen Union und SPD derzeit bei rund 45 Prozent. Die zweitägige Sonderklausur der CDU zur Lage der Partei ist durch den Rücktritt der SPD Partei- und Fraktionsvorsitzenden in der Nachberichterstattung vollständig hinten runter gefallen. Doch nicht nur die Parteien der Bundesregierung sind mit sich selbst beschäftigt.

Unruhige Lage in den Hauptstädten

In Österreich ist die innenpolitische Situation nach dem Ibiza-Video über die politische Verkommenheit von Hans-Christian Strache aufgeheizt. Nach dem Sturz von Kanzler Sebastian Kurz durch ein gemeinsames Abstimmen von SPÖ und FPÖ sind für September Neuwahlen angekündigt. Strache, der den Skandal ausgelöst hatte, hat derweil in der Europawahl ein Mandat in Straßburg gewonnen.

Im Vereinigten Königreich läuft sich Boris Johnson für den Parteivorsitz bei den Tories warm. Es gibt ein kompliziertes Auswahlverfahren, in der letzten Juliwoche soll der Gewinner feststehen. Der Sieger oder die Siegerin zieht nach bisheri-

gen Regeln auch in Downingstreet 10 ein und darf die Brexit-Verhandlungen weiterführen.

Nach einem desaströsen Ergebnis für die Konservativen in Frankreich ist deren Parteivorsitzender zurückgetreten. Gespräche über die Auflösung der Partei von Nicolas Sarkozy hallen über die Flure. Die Parteien von Macron und von Le Pen singen Lockrufe wie die Sirenen an Odysseus. Die Konservativen fürchten sich vor den Kommunalwahlen 2020.

In Italien hat sich der unparteiische Ministerpräsident Giuseppe Conte mit einer Rücktrittsdrohung hörbar gemacht. Wenn sich die Koalition nicht besser benähme, so seine Androhung, würde er den Rücktritt einreichen und den Regierungsauftrag an den Staatspräsidenten zurückgeben.

Parallelwährung in Rom?

Darüber freut sich Matteo Salvini von der Lega, denn er möchte selber das Amt des Ministerpräsidenten ergreifen. Dann könnte er neben dem neuen Premierminister aus dem Vereinigten Königreich im Europäischen Rat sitzen und z.B. Pläne einer Parallelwährung zum Euro in Italien umsetzen. In der Einführung von Mini-Bots werden erste Ansätze dazu gesehen. Das nun angekündigte Defizitverfahren aus Brüssel gegen die Haushaltsführung der Lega-Fünf Sterne-Regierung hat das Potenzial, den Streit erheblich anzuheizen.

Die Partei der Fünf Sterne des Komikers Giuseppe Grillo ist im starken Fall. Sein Nachfolger Luigi di Maio macht auf Plakaten etwas her, aber politisch dringt er ebenso wenig durch wie Ministerpräsident Conte. Die Bewegung nimmt wie so viele andere zuvor den Verlauf einer Feuerwerksrakete. Mit Getöse steil in den Himmel und ohne Funken sprühen wieder auf den Boden. Nach den Niederlagen für Syriza in Griechenland hat Alexis Tsipras für Anfang Juli vorgezogene Neuwahlen angekündigt.

In Belgien stehen nach den Neuwahlen wieder lange und schwierige Koalitionsverhandlungen bevor. Die flämischen Separatistenparteien N-VA und der Vlaamse Belang haben zusammen 43 von 150

Mandaten. Eine Regierung ohne die beiden Parteien müsste sechs oder sieben Fraktionen aufeinander vereinen. Es wird auf eine lange Zeit der Regierungsbildung herauslaufen.

Auch Spanien hat nach den Wahlen vom 28. April trotz des guten Abschneidens der PSOE noch keine neue Regierung. Durch den Einzug von Vox, die nach Methode von Donald Trump eine Mauer zu Marokko fordert, die Marokko eben auch bezahlen soll, ist die Situation in Madrid noch schwieriger geworden. Die Neuwahlen waren notwendig geworden, weil die vorherige Regierung unter Einbindung baskischer und katalonischer Separatistenparteien keinen Haushalt abstimmen konnte.

Brexit oder EU-Kommissar

Auf europäischer Ebene steht als nächster Schritt die Konstituierung des Parlaments an, es wird aller Voraussicht nach Anfang Juli das erste Mal zusammentreten. Auch die Wahl des Rats- und des Kommissionspräsidenten und die Wahl des EZB-Präsidenten stehen zum Jahresende bevor. Während das Parlament in Kürze zusammentreten und sich konstituieren muss, hat die Zusammensetzung und Arbeitsaufnahme der Kommission bis zum 1. November Zeit.

Deshalb ist der aktuelle Termin für den Brexit auf den 31. Oktober gelegt. Wenn die Leaver auch bis dahin keine Mehrheit im Unterhaus zustande bekommen und niemand den unregulierten Brexit unterstützt, könnte es darauf hinauslaufen, dass das UK doch irgendwie einen EU-Kommissar stellen muss oder darf. Vielleicht kriegt der das Aufgabengebiet für die Artikel 49 und 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und würde Beitritts- und Austrittskommissar.

Auf einem ersten kurzen Treffen nach der Wahl wurde vereinbart, dass Donald Tusk ein personelles Komplettpaket aushandeln soll, in dem sämtliche Proporz- und Begehrlichkeiten berücksichtigt sein sollen. Irgendwie gehören die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen auch mit hinein, obwohl sie sachlich nichts damit zu



Zeichnungen: Klaus Stuttmann

tun haben. Im Moment werden drei Namen für das Amt des Kommissionspräsidenten gehandelt. Da ist Manfred Weber von der CSU, der aber nicht einmal die Fraktion der EVP geschlossen hinter sich hat. Insbesondere Victor Orban von der Fidesz hat sich gegen seine Wahl ausgesprochen.

Juni-Gipfel in Brüssel

Am Donnerstag, den 6. Juni hat die Kanzlerin in einer Sondersitzung des EU-Ausschusses über den aktuellen Gesprächsstand informiert. Michel Barnier, Franzose und Chefunterhändler der EU für den Brexit hat Ambitionen auf den Kommissionsvorsitz und die aus Dänemark stammende Margarethe Vestager, bisher Wettbewerbskommissarin und Mitglied der liberalen ALDE strebt nach dem Amt. Der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker traut es beiden zu, aber man weiß nicht so recht, ob das ihre Chancen erhöht oder reduziert.

Für Frankreichs Präsidenten Macron würden sowohl Barnier und Vestager kurze Wege und größeren Einfluss bedeuten. Barnier ist Franzose und En Marche ebenfalls Mitglied in der ALDE-Fraktion. In dem Kampf um den Kommissionsvorsitz spiegelt sich auch der angestaute Zwist zwischen Deutschland und Frankreich. Durch die ausweichende Antwort Merksels auf die französischen EU-Reformvorschläge vom Juli 2017 wird das Verhältnis Paris-Berlin heute nicht mehr als eine Achse, sondern als ein Differenzialgetriebe beschrieben.

Das dürfte die Abstimmung über die strategische Agenda der Jahre 2019 bis 2024 nicht einfacher machen. Die weitere Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte,



Forschung und Innovation auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Fragen zu orientieren, wären durchaus sinnvolle Punkte. Auch die konsequente EU-weite Ausrichtung von Produktion, Distribution und Verbrauch auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung ist aus linker Sicht sinnvoll.

Auf ein Neues – EU-Politik von links gestalten

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Leserinnen und Leser,

für die Partei DIE LINKE werden insgesamt fünf Kandidatinnen und Kandidaten in das direkt gewählte neue Europäische Parlament einziehen.

Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, haben dafür gestimmt, dass auch in den kommenden fünf Jahren linke Positionen in der „europäischen Volksvertretung“ nicht nur deutlich hörbar sind, sondern wir Abgeordnete auch die Politik der EU – und damit auch ihrer Mitgliedstaaten – von links mitgestalten werden. Für dieses uns entgegengebrachte Vertrauen sage ich vielen Dank! Und ich weiß, Ihr Votum ist nicht nur Vertrauen, sondern millionenfache, auch sehr individuelle Erwartungshaltung von Bürgerinnen und Bürgern – in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, in Baden-Württemberg, Berlin und Hessen, in Bremen, Hamburg und Bayern, in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, im Saarland und in NRW – an konkrete Veränderungen europäischer Politik durch die LINKE.

Diese sind dringend notwendig. Und wir sind bereit: Ideen und viele konkrete Vorschläge für ein solidarisches, friedliches und soziales Europa haben wir erarbeitet. Mit dem Klima-Notfall-Manifest der Linksfraction haben wir im Austausch mit jungen Aktivistinnen und Aktivisten der „Fridays for Future“-Bewegung bereits erste, unmittelbar einzuleitende Schritte des neuen Europäischen Parlaments hin zu klimaneutraler Politik in vielen Bereichen unseres Alltags abgesteckt. Und die im Mai vorgestellten Sofortmaßnahmen der LINKEN für ein soziales Europa, für Steuergerechtigkeit, Abrüstung und eine gemeinsame europäische Energiepolitik liegen auch als Arbeitsprogramm auf dem Tisch.

Ab jetzt gilt es, eine starke, handlungsfähige, energische und konstruktive Linksfraction im Europäischen Parlament zu schaffen – gemeinsam mit unseren neu gewählten Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen linker und demokratischer Parteien und Bewegungen, die mit uns darin übereinstimmen, dass die EU nur als soziale und demokratische Struktur eine Zukunft hat

und Antworten auf die vielen Herausforderungen im 21. Jahrhundert geben kann.

Dieser Chance, Herausforderung und Aufgabe werden wir uns stellen. Gerade auch im entschiedenen Zurückweisen einer Aushöhlung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und solidarischer Politik in Europa von Rechts. Gemeinsam gegen Nationalismus in Europa – dafür sind auch



Helmut Scholz,
Foto: Uwe Völkner/VOX

wir gemeinsam vor den Wahlen auf den Straßen in vielen Städten in Deutschland und in der EU gewesen. Das bleibt Handlungsmaxime für uns auch im Europäischen Parlament der 9. Legislaturperiode.

Danke nochmals und auf weiteres vertrauensvolles Zusammenwirken – auf geht's!

Ihr und euer
Helmut Scholz



Aus der Linksfraktion im Landtag

Wider einer Komplizenschaft

Eine kurze Bilanz des NSU-Untersuchungsausschusses

von

Dr. Volkmar Schöneburg,
Mitglied des Landtages Brandenburg,
Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss

• **Internet:**

<http://volkmar-schoeneburg.de/>

• **Facebook:**

www.facebook.com/volkmar.schoeneburg

• **Wahlkreisbüro**

Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde,
Telefon:

(0 33 61) 3 69 89 81

• **Mitarbeiterinnen**

Romy Neupert

Handy:

(01 52) 29 08 10 64

Franziska Schneider

Handy:

(0 15 20) 3 70 96 95

Nach der Entdeckung der NSU-Mordserie formulierte der Publizist Ralph Giordano: „Da mordet sich quasi spazierengehenderweise eine jugendliche Nazigang ein Dutzend Jahre quer durch Deutschland, ohne dass sie und ihr Netzwerk auffällig werden.“ Als sie endlich aufflogen, „fällt die Bundesrepublik aus allen Himmeln einer Blindheit bis an die Grenze der Komplizenschaft.“

Eine Komplizenschaft Brandenburger Behörden und ihrer Mitarbeiter bezüglich des NSU hat es wohl nicht gegeben. Aber von Blindheit kann man wiederum auch nicht reden. Denn im August und September 1998 – also noch zwei Jahre vor Beginn der Mordserie – erhielt der Brandenburger Verfassungsschutz durch seinen wegen versuchten Mordes verurteilten Spitzenspitzel Carsten S., alias „Piatto“, detaillierte Informationen über das untergetauchte Trio Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt. Danach waren die drei Rechtsradikalen auf der Suche nach Waffen, um Raubüberfälle zu begehen. Mit dem erbeuteten Geld und falschen Pässen hatten sie vor, sich nach Südafrika abzusetzen. Diese Informationen gab der Brandenburger Verfassungsschutz an die Verfassungsschutzämter Thüringens und Sachsens sowie an das Bundesamt für Verfassungsschutz weiter, nicht aber in strafprozessual verwertbarer Form an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden. In Frage gekommen wären hier die Staatsanwaltschaften in Chemnitz oder Jena sowie das Landeskriminalamt Thüringens.

Das ist umso verwunderlicher, als doch der Sachbearbeiter „Terrorismus“ der Brandenburger Behörde in einem Vermerk den Sachverhalt als rechten Terrorismus charakterisiert und eine Weitergabe an die Strafverfolgungsbehörden angemahnt hatte. Der Brandenburger Verfassungsschutz hat sich bewusst dagegen entschieden. Er wollte seine Quelle „Piatto“ nicht preisgeben. Das war rechtswidrig,

denn er wäre nach dem geltenden Verfassungsschutzgesetz und nach der einschlägigen Norm des Strafgesetzbuches dazu verpflichtet gewesen. Ob bei einer Weitergabe das Trio vor der Begehung des ersten Mords hätte gefasst werden können, ist reine Spekulation. Fakt ist aber: Das rechtswidrige Unterlassen der Übermittlung der Informationen hat die Ergreifung des Trios zumindest erschwert. Hier liegt die Verantwortung Brandenburgs. Insofern ist der Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Land Brandenburg eine Summe in den NSU-Opferfond einzahlen sollte, zu begrüßen.

Weitere Bezüge des Brandenburger Verfassungsschutzes zum NSU, insbesondere durch den Einsatz von V-Leuten, konnten nicht festgestellt werden.

Der Untersuchungsausschuss hat sich darüber hinaus mit drei großen Themenkreisen beschäftigt:

■ Zum Einen mit der Karriere des V-Mannes „Piatto“ (1990–2000).

■ Zweitens mit dem Komplex um den V-Mann Toni Stadler (2001–2005). Hier ging es um die Produktion der rechtsradikalen CD „Noten des Hasses“, auf der zum Mord an Persönlichkeiten wie Rita Süßmuth und Alfred Biolek aufgerufen wird.

■ Und drittens mit den Geschehnissen um die rechte Terrororganisation „Nationale Bewegung“, die Ende 2000/Anfang 2001 eine Reihe von Delikten in und um Potsdam begangen hatte.

Bei allen drei „Fällen“ findet man jedoch eine Art Komplizenschaft zwischen Verfassungsschutzmitarbeitern und sogenannten Vertrauensleuten, also Spitzeln, auf Schritt und Tritt. Sie sind auch eine Geschichte von systematischen Rechtsbrüchen und der Begehung von nicht geahndeten Straftaten durch Spitzel und Beamte des Ministeriums des Innern.

Zum Beispiel stellte Carsten S. unter Billigung und mit Unterstützung des Brandenburger Verfas-

sungsschutzes das volksverhetzende, für die Idee des „führerlosen Widerstands“ – eine Konzeption, auf deren Grundlage auch der NSU agierte – werbende Szenemagazin „United Skins“ in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg her. Zudem leistete der Verfassungsschutz der Täuschung der Strafvollstreckungskammer Vorschub, damit „Piatto“ frühzeitig aus der Haft entlassen werden konnte.

Im Fall Toni Stadler stiftete der Brandenburger Verfassungsschutz ihn an, eine zweite Auflage der „Noten des Hasses“ zu produzieren. Gleichzeitig versuchte der Verfassungsschutz, Stadler vor Observationen des Berliner Landeskriminalamtes zu schützen.

In den Fällen Stadler und „Nationale Bewegung“ warnten Verfassungsschutzmitarbeiter unter Verletzung des verfassungsrechtlichen Trennungsgebots von Geheimdiensten und Polizei vor Wohnungsdurchsuchungen.

Um Straftaten von Mitarbeitern des Innenministeriums und Spitzeln zu verschleiern, kam es zudem zu strafvereitelnden Absprachen zwischen dem Ministerium des Innern, dem Justizministerium und Staatsanwaltschaften. Beispiele dafür sind der Verzicht, den damaligen Landeskriminalamt-Chef Lüders als Beschuldigten im Verfahren wegen des Verrats einer Razzia an die rechte Szene im Kontext der „Nationalen Bewegung“ zu führen sowie die folgenlose Einstellung des Strafverfahrens gegen den Verfassungsschutz-Beamten, der Stadler angestiftet und gewarnt hatte.

Die beispielhaften Vorfälle sind kein Versagen im Einzelfall. Vielmehr sind diese „Verfehlungen“ wie auch die unterlassene Weitergabe der Informationen über das untergetauchte Trio strukturell bedingt. Es ist das V-Leute-System mit seinen Elementen Quellenschutz, Geheimhaltung und langfristige Informationssicherung, das dem „Versagen“ zu Grunde liegt. Insbesondere der Quellenschutz für Spit-

zel ist der Strafverfolgung systematisch entgegengesetzt und fördert den „Brandstiftereffekt“, den das Bundeskriminalamt bereits 1997 auf Bundesebene kritisiert hatte.

Die Arbeit des Brandenburger Verfassungsschutzes, so ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses, war geprägt durch mangelnde Transparenz, mangelnde Reglementierung und fehlende Überprüfbarkeit der Behauptungen einer im geheimen agierende Behörde. Manch einer der gehörten Zeugen bestätigte zudem Heiner Müllers Erkenntnis, wonach die Berufskrankheit der Nachrichtendienste ihre Paranoia sei. Der Verfassungsschutz ist ein Fremdkörper in der Demokratie.

Daraus ergeben sich lang- und kurzfristig drei zentrale Forderungen für die Brandenburger LINKE:

- Einmal sollte der Verfassungsschutz langfristig durch ein wissenschaftliches Koordinations- und Analysezentrum zur Dokumentation aller Erscheinungsformen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ ersetzt werden. Dieses Zentrum kann dann als Seismograph für demokratiefeindliche Entwicklungen dienen und der Politik Handlungsempfehlungen unterbreiten.
- Zweitens gehört das V-Mann-(Un)Wesen abgeschafft. Ihr Ein-

satz ist rechtsstaatlich nicht vertretbar.

- Zur Verhinderung der politischen Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaft muss sich drittens – ganz im Sinne des jüngsten Urteils des Europäischen Gerichtshofes zum Europäischen Haftbefehl – dafür eingesetzt werden, das Weisungsrecht der Justizminister gegenüber den Staatsanwaltschaften abzuschaffen.

Die weiteren Forderungen sind im Sondervotum dokumentiert.

Bei aller Diskussion um den Verfassungsschutz und die Bekämpfung rechter Umtriebe darf jedoch eine Erkenntnis nicht aus dem Blick verloren werden: Rassismus, Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit besitzen zuerst gesellschaftliche Ursachen. Das gilt für den Rechtsradikalismus der 90er Jahre ebenso wie für die heutige Zeit. Die Ursachen werden in der einschlägigen soziologischen Literatur (Eribon, Heitmeyer, Nachtwey, Quent) diskutiert. Hier müssen Stichworte genügen: Die gegenwärtigen gravierenden sozioökonomischen Veränderungen (Globalisierung, Digitalisierung) gehen einher mit einem weiteren Auseinanderklaffen der sozialen Schere und der Vereinzelung des Einzelnen (Marx). Ganze Regionen werden

von gesellschaftlichen Entwicklungen abgehängt. Die Veränderungen führen bei den Menschen vermehrt zu Kontrollverlusten und Abstiegsängsten. Das ist der Nährboden für einen gewaltbereiten Rechtsradikalismus und einen Extremismus der Mitte, der auch seit fünf Jahren im Brandenburger Landtag zu erleben ist. Das Gegenmittel gegen die unheilige Allianz der Biedermänner und Brandstifter ist nicht primär die Stärkung des Repressionsapparats, sondern die Stärkung einer demokratischen Politik des Sozialen.

Weitere Informationen im Internet

- Zur Zusammenfassung des LINKEN Sondervotums (4 Seiten)
<https://www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/dateien/download/publikationen/sonderformate/NSU-UA-Handreichung.pdf>
- Zum kompletten LINKEN Sondervotum (44 Seiten)
<https://www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/dateien/download/publikationen/sonderformate/Sondervotum-Linksfraktion-UA61.pdf>
- Zum Abschlussbericht in der Drucksache 6/11485 (3283 Seiten)
https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11400/11485.pdf
- Zum Mitschnitt der Rede
<https://www.youtube.com/watch?v=DTmPU5nMEs8>

Nachrichten aus der Landtagsfraktion DIE LINKE (Zusammenstellung: Franziska Schneider)

■ Lokaljournalismus stärken

von Dr. Volkmar Schöneburg, medienpolitischer Sprecher

Nur selbstbestimmte, informierte Bürger sind in der Lage, ihr Land mitzugestalten. Um informiert zu sein, bedarf es vieler und vielfältiger Angebote. Brandenburg möchte den Lokaljournalismus stärken, seine Vielfalt fördern und seine Qualität erhöhen. In dieser Legislaturperiode wurden hierfür zwei Beschlüsse gefasst. Nun wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Sechsten Medienstaatsvertrag zwischen Berlin und Bran-

denburg verabschiedet. Er ist der Kompromiss der Länder.

Im ersten Beschluss sollte der Medienanstalt Berlin-Brandenburg die Möglichkeit eingeräumt werden, Inhalte von regionalen und lokalen Anbietern zu fördern. Dies ist mit der Änderung des § 8 im Medienstaatsvertrag gelungen. Der zweite Beschluss zur Förderung Freier Radios wurde nur formal umgesetzt. Mehr unterstützende Elemente wären wün-

schenswert gewesen. Gerade im Flächenland können nichtkommerzielle Radios zur Steigerung von Medienpluralität und Meinungsvielfalt sowie von Bürgerbeteiligung, lokaler Identität und Demokratieverständnis beitragen.

Zur Beschlussempfehlung in der Drucksache 6/11588:
https://www.rbb-online.de/parlament/brandenburg/2019/11-12-april-2019/11__april_2019_-_76__

[Sitzung_des_Brandenburger_Landtags1/volkmar-schoeneburg-die-linke--top8.html](https://www.rbb-online.de/parlament/brandenburg/2019/11-12-april-2019/11__april_2019_-_76__)

Zum Mitschnitt der Rede aus der 1. Lesung vom 11. April https://www.rbb-online.de/parlament/brandenburg/2019/11-12-april-2019/11__april_2019_-_76__
[Sitzung_des_Brandenburger_Landtags1/volkmar-schoeneburg-die-linke--top8.html](https://www.rbb-online.de/parlament/brandenburg/2019/11-12-april-2019/11__april_2019_-_76__)

■ Neues Richtergesetz beschlossen

von Dr. Volkmar Schöneburg, Mitglied im Rechtsausschuss

Der Landtag hat die Novelle des Richtergesetzes beschlossen. Der Gesetzentwurf wurde von Justizminister Stefan Ludwig (DIE LINKE) vorgelegt. Der Landtag hatte dazu einen Beschluss gefasst und

inhaltliche Vorgaben gemacht. Mit dem Gesetzentwurf soll u.a. eine Teilzeitbeschäftigung für Richter ermöglicht werden, sollten die Mitwirkungsrechte ausgebaut werden und eine Auswahlmöglichkeit für

richterliche Spitzenpositionen im Wahlverfahren im Richterwahlausschuss unter besonderer Förderung von Frauen geschaffen werden.

Die rechtspolitischen Sprecher

von SPD, LINKE, CDU und Grünen haben einen gemeinsamen Änderungsantrag in den Rechtsausschuss eingebracht, der vor allem darauf zielt, die richterliche Selbstverwaltung auszubauen.

en. Im neuen Paragraphen zur Mitbestimmung heißt es nunmehr: „Der Richterrat bestimmt bei allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Maßnahmen mit, die die Richter insgesamt oder im Einzelfall betreffen oder sich

auf sie auswirken.“ Weiter wurde die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum 68. Lebensjahr aufgenommen. Die Gleichstellungsbeauftragten erhalten nunmehr auch die Möglichkeit, im Richterrwahlausschuss bei der Ernennung

der Richter des Landes Einfluss zu nehmen. Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken wurde die geplante Übertragung eines weiteren Richteramtes aufgegeben.

Beschlussempfehlung in der Drucksache 6/11510:

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11500/11510.pdf

Zum Mitschnitt der Rede:
<https://www.youtube.com/watch?v=mxmllh23-64>

■ Kultur ganz stark in Brandenburg

von Gerrit Große, kulturpolitische Sprecherin

Die rot-rote Koalition hat in der 6. Wahlperiode so viel für die Kultur getan, wie kaum eine Landesregierung in Brandenburg zuvor. Hier ein Überblick: Wir haben die Theater und Orchester gestärkt, die Soziokultur auf stabile Füße gestellt und ein Landesmuseum für moderne Kunst gegründet. Wir haben Schloss Wiepersdorf als literarischen Ort gerettet, die Kleiststiftung gegründet, den Denkmalschutz erheblich ausgebaut und die Erinnerungskultur besser gefördert. Außerdem haben wir die Förderung des Projektes ‚Musische Bildung für alle‘ ver-

doppelt, eine Richtlinie für Kunst am Bau erlassen, ein Atelierförderprogramm sowie die Ausstellungsvergütung für Künstler und eine Chorleiterpauschale auf den Weg gebracht. Gerade feiert Brandenburg auch mit Unterstützung des Landes den 200. Geburtstag Theodor Fontanes.

Auch in der letzten Plenarwoche verabschieden wir noch zwei Kulturkonzepte, die für DIE LINKE wichtig sind: In Dörfern und Kleinstädten gibt es kulturelle Ankerpunkte wie Museen oder Musikschulen. Diese können künftig mit bis zu 150 000 Euro pro Jahr

drei Jahre lang gefördert werden. Außerdem gibt es Orte wie Scheunenkinos oder kleine, gemeinnützige Laientheater, die sich besonders durch ihre partizipative Kulturarbeit hervortun - für sie haben wir die Auszeichnung als Brandenburger Kulturort des Jahres eingeführt.

Die kulturpolitische Bilanz der vergangenen fünf Jahre kann sich sehen lassen. Für uns setzt sie Maßstäbe, die wir in der kommenden Wahlperiode fortsetzen wollen!

Zum Kulturorte-Konzept der Landesregierung in Drucksache 6/11463: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11400/11463.pdf

Zum Ankerpunkte-Konzept der Landesregierung in Drucksache 6/11466: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11400/11466.pdf

Zum Mitschnitt der Rede:
<https://youtu.be/W0kK5p-6C0w>

■ Neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen

von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, innenpolitischer Sprecher

In einer mit Spannung erwarteten namentlichen Abstimmung hat der Landtag ein neues Verfassungsschutzgesetz beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf werden Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses gezogen. Deshalb gibt es strengere Regelungen zum Einsatz von V-Leuten. Besonders die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes wird erheblich gestärkt. Dazu gehört insbesondere die Einrichtung einer Stelle eines Bevollmächtigten, die sozusagen die Geschäfts-

stelle der Parlamentarischen Kontrollkommission sein wird. Künftig können auch Mitarbeiter der Fraktionen in die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission einbezogen werden. Es wird eine Whistleblower Regelung eingeführt, die sehr weit geht. Mit der Einrichtung einer inneren Revision soll dazu die interne Kontrolle der Abteilung Verfassungsschutz verbessert werden. In der Anhörung im Innenausschuss haben die Sachverständigen anerkannt, dass mit dem Gesetzentwurf Konsequenzen aus dem NSU-Skandal

gezogen werden. Nach Änderungsanträgen der Linksfraktion ist u.a. ein Anwerbeverbot für Fraktionsmitarbeiter eingeführt und die Inanspruchnahme von Videoaufnahmen auf den öffentlichen Raum begrenzt worden. Für DIE LINKE ist der Gesetzentwurf ein Kompromiss, denn der Verfassungsschutz erhält mit dem IMSI-Catcher und der auf den öffentlichen Raum eingegengten Videoüberwachung mehr Befugnisse, allerdings unter der Voraussetzung einer verstärkten Kontrolle.

Zur Beschlussempfehlung in der Drucksache 6/11537:
https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11500/11537.pdf

Zum Antrag in der Drucksache 6/10947: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_10900/10947.pdf

Zum Mitschnitt der Rede:
<https://www.youtube.com/watch?v=K2k-jxcOmro>

■ Weg mit dem Plastikmüll!

von Carsten Preuß, umweltpolitischer Sprecher



Bilder von Plastikstrudeln im Meer und Meerestieren mit Plastik im Magen haben uns das Problem der Plastikvermüllung vor Augen geführt. Aber auch in heimischen Gewässern und Böden sammelt sich zunehmend Plastik an, beispielsweise in Form von Mikroplastik. In ihrem Landtagsantrag benennen die Koalitionsfraktionen 13 Handlungsfelder für die Landesregierung, um sich für Vermeidung von Plastikmüll, eine

bessere Verwertung und ein Monitoring einzusetzen. So sollen Initiativen zur Müllvermeidung und die Einführung von Pfandsystemen unterstützt werden, Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsmitteln begrenzt und Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Kunststoffabfällen gefördert werden. Auf eigenen Veranstaltungen soll die Landesregierung zukünftig als Vorbild vorangehen und Mehrwegsysteme einsetzen.

Zum Antrag in der Drucksache 6/11435:
https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_11400/11435.pdf

Zum Mitschnitt der Rede:
<https://www.youtube.com/watch?v=aDNUUWScz9Q>

DOKUMENTIERT

Schonungslose Aufarbeitung der Wahlergebnisse und der gesamtpolitischen Lage erforderlich

Mitteilung über eine Beratung des Ältestenrates der Partei DIE LINKE (vom 6. Juni 2019)

Im Mittelpunkt der Beratung standen die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Wahlen für die Bremische Bürgerschaft und die Kommunalwahlen in Brandenburg, die Fortsetzung der Bemühungen der Partei DIE LINKE für eine Zukunftsentwicklung in den ostdeutschen Ländern.

Grundlage für diese Beratung war eine Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Kommunalwahlen am 26. Mai 2019, die der Vertreter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Horst Kahrs vortrug sowie eine Information des Ostbeauftragten der Bundestagsfraktion DIE LINKE Jan Marose zu Initiativen der Fraktion zu Zukunftsfragen für Ostdeutschland.

Die erste Reaktion in den deutschen Massenmedien auf das Wahlergebnis zum Europäischen Parlament war, die erwartete starke Rechtsentwicklung ist nicht eingetreten. Eine erste Bewertung von befürchteter Rechtsentwicklung blieb nicht lange im Sprachgebrauch. Die eine wie die andere Aussage trifft nicht die Kernfragen der Entwicklung der Europäischen Union und ihre Widerspiegelung in den Ergebnissen der Wahl. Im eigentlichen Wesen der Sache gibt es keine europäische Wahl, sondern die Wahl eines Parlaments der EU in den Ländern, die zur Union gehören. So betrachtet hat diese Wahl die bürgerliche Mitte und die Sozialdemokratie sichtbar geschwächt und die Linke hat in Prozenten betrachtet um mehr als 20 Prozent ihrer Mandate verloren. Die Rechtstendenz in den EU-Ländern setzt sich fort. Die Grünen Parteien haben in verschiedenen Ländern stark dazu gewonnen, aber die Zahl der Länder aus denen sie kommen, hat sich kaum verändert. So betrachtet sollte diese Wahl als Fortsetzung einer Zäsur der weiteren Entwicklung der EU betrachtet werden.

Die politische Katastrophe der SPD ist kein Trost, sondern sollte als letzte Warnung an die Adresse unserer Partei verstanden werden, zumal damit keinerlei Zugewinn, sondern sogar noch eigene deutliche Verluste verbunden sind.

Die negativen Seiten der EU, fehlende Fortschritte für soziale Gerechtigkeit und für die Stärkung der Demokratie einerseits, andererseits aber für eine Stärkung der Tendenz der Militarisierung setzen

sich fort und geben Raum für den Prozess der Stärkung einer Rechten bis zur weiteren Entwicklung von faschistischen Elementen in ihren Reihen und bis in die gesellschaftlichen Verhältnisse. Was bisher in östlichen Ländern wie Polen und Ungarn, in westlichen Ländern wie Italien, Frankreich und Österreich als Tendenz galt, wird mit der Neuwahl des Europäischen Parlaments in dieser Grundtendenz auch in Deutschland spürbar. Die alte Aussage über ein sozialdemokratisches Jahrhundert erfüllt sich nicht. Es wird auch kein Grünes Jahrhundert geben, da die Klimafrage mit neuen Kämpfen um Ressourcen die Frage nach Krieg und Frieden mit neuer Schärfe stellen wird. Die linken Kräfte in der EU decken die tieferen Zusammenhänge dieser Prozesse kaum auf.

Der Wahlausgang ist für die Partei DIE LINKE, mit Ausnahme des Ergebnisses der Bremischen Bürgerschaftswahl, als schwere Niederlage zu betrachten.

Nicht die Summe einzelner Fehler im Wahlkampf sollte im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, sondern die Schwächen politischer Führung und fehlende Dynamik auf den Wechsel von Massenstimmungen. Wenn bisher galt, die Kommunen sind eine feste Basis für DIE LINKE, dann zeigen die Wahlergebnisse gerade andere Zeichen. Größere Rückschläge mit Verlusten bis an 50 Prozent in mittleren und Kleinstädten mussten konstatiert werden.

Die Reaktion der Parteiführung auf diesen Wahlausgang ist bisher unangemessen und von oberflächlichen Ausreden gekennzeichnet. Dies gilt erst recht angesichts der eigenen Ankündigungen und Erwartungen vor der Wahl.

Bei der Anerkennung des Bremer Wahlergebnisses geht es um gehaltene Voraussagen, was schon viel bedeutet, aber noch nicht um einen realen Zuwachs. Schnelle, zum Teil zweifelhafte Aussagen von Führungskräften sollten nicht an Stelle einer politischen Analyse und Führungspositionierung der gewählten Leitungen treten. Reale, achtungsvolle, kritische Betrachtungen und eine hohe Qualität der politischen Führung heißen die Herausforderungen. Nur wenn sie erfüllt werden, bleiben Chancen für notwendige Veränderungen. Die Wahrnehmung unserer Partei wird seit Monaten ebenfalls von

hasserfüllten, intriganten Machtkämpfen bestimmt, die in den Rückzug von Sahra Wagenknecht mündeten. Alle daran Beteiligten haben sich für politische Führungsaufgaben disqualifiziert.

Der Ältestenrat hatte Gelegenheit, im Parteivorstand über seine Debatten und Aussagen über ein ostdeutsches Zukunftskonzept zu berichten. Dem Parteivorstand lag auch eine Grobskizze über Entwicklungsprobleme Ostdeutschlands von Genosse Harald Wolf, Leiter einer Arbeitsgruppe des Parteivorstandes vor. Der bisherige Ablauf aller Bemühungen verläuft aber ohne Koordinierung und erscheint als Einzelaussagen. DIE LINKE läuft Gefahr, ihre Nähe als Vertreter der Interessen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger weiter zu verlieren.

Das offizielle Erscheinungsbild unserer Partei wird zunehmend durch eine Mischung von pseudo-professioneller Langeweile und links-grünen Attitüden bestimmt. Der Markenkern unserer Partei als fundamentale Gegnerin des kapitalistischen Systems und als konsequente Vertreterin ostdeutscher Belange droht verloren zu gehen. Die kulturelle Bindung zu den arbeitenden Armen, den arbeitslosen und dem vom System abgehängten Teil der Jugend schwinden zusehends. Bremen ist hier die Ausnahme.

Den Ältestenrat erreichen wiederholt Anfragen und Aufforderungen, die Leitungsorgane und Führungskräfte der Partei auf die Erwartungen der Mitglieder und die Herausforderungen in der Gesellschaft zu den vielfältigen kritischen Ereignissen, unreif geführtem Meinungsstreit in der Partei und zur Erinnerungskultur mit eigenen Positionen im Rahmen einer Führungskonzeption zu reagieren.

In den nächsten Monaten wird es ständig heißen, was **vor** 30 Jahren war, worum es aber geht ist doch, wie ist die Lage in Europa und Ostdeutschland **nach** 30 Jahren zu betrachten. Deutschland ist mit allen Momenten imperialer Entwicklung die wirtschaftlich stärkste und mächtigste Kraft in Europa. Die Lebensverhältnisse sind aber noch immer auf der Basis rechtlicher Ungleichheit gravierend unterschiedlich. Lebensleistungen bleiben unbeachtet, Elitenwechsel setzt sich fort und die Bereitschaft für reale Veränderungen fehlt im Prozess

parlamentarischer Rechtsgebung. Der Vereinigungsvertrag ist in wesentlichen Momenten nicht eingehalten und das 2+4-Abkommen hat seine Wirkung verloren. DIE LINKE steht vor der Herausforderung, ihre Kraft als Opposition einzusetzen und nach einer Richtungsveränderung des laufenden Prozesses zu streben. Wo sie mitregiert, ist zu prüfen, ob die eingegangenen Kompromisse zu Entwicklungen führen, die den Interessen unserer Wählerschaft widersprechen und so zum Wechsel der Stimmung und der Wahlabstimmung gegen uns führen. Wo Anpassung gilt und keine rote Linie besteht, hebt sich linke Politik und Interessenvertretung in der eigenen Wählerschaft auf.

Angesichts dessen und eines möglichen schwarz-braunen Durchmarsches bei Wahlen ist eine schonungslose Aufarbeitung der Wahlergebnisse und der gesamtpolitischen Lage erforderlich. Es sollten daher Personen herangezogen werden, die die erforderliche Objektivität für eine tiefgründige Analyse aufbringen. Ungenügende Führungsanalyse verhindert eine gründliche, kritisch-konstruktive Einschätzung von Schwächen und Fehlern in der Wahlstrategie und eine aktionsfähige Wahlführung. Aussagen von Führungskräften wie „... ich habe noch viel mit dieser Partei vor ...“ sollten sich von selbst verbieten.

Wir erwarten von allen, die eine Funktion in und für die Partei ausüben, beispielhaftes Verhalten im Umgang untereinander und eine Politik, die das Verbindende herausstellt, anstatt die unterschiedlichen kulturellen Milieus unserer Wählerschaft gegeneinander aufzubringen und für eigene Machtansprüche zu missbrauchen.

Der Ältestenrat wird den Parteivorstand und den Bundesausschuss bitten, unsere Debatten und Überlegungen im Rahmen der Führungsentscheidungen darzulegen und zu prüfen.

Mitte September werden wir in Verbindung mit einer Auswertung der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen unsere Debatten zu Deutschland „30 Jahre nach der Vereinigung“ fortsetzen.

Quelle: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/aeltestenrat/erklarungen-und-stellungnahmen-des-aeltestenrates/

von
Hagen Weinberg,
Frankfurt (Oder),

„Aufstehen“ für eine menschliche Zukunft

Auch in und um Frankfurt (Oder) hat „aufstehen“ die Unsichtbarkeit beendet.

Am 18. Juni saßen Bekenner der Bewegung „aufstehen“ zusammen und stellten fest, dass es höchste Zeit ist, aufzustehen, Gesicht zu zeigen und sich nicht hinter Computern zu verstecken.

Und wir wollen aufstehen. Wollen aufstehen mit allen, die sich eine Zukunft für das Leben wünschen. Wir wollen den Politikern abfordern, dass sie ihrem Auftrag, dem sie sich als Kandidaten für die Parlamente verpflichteten, den Menschen zu dienen, gerecht werden.

Gegenwärtig ist es so, auch nach den Wahlen zum EU-Parlament, dass sich Politiker den Konzernen und dem Finanzkapital, den Finanzoligarchen verpflichtet fühlen und alles für deren Profitmehrung tun.

Soziale Gerechtigkeit ist in dem reichen Staat BRD ein Fremdwort. Wo aber seid Ihr, die Ihr so ungerecht, so unwürdig behandelt werdet? Wir müssen Politiker*innen zwingen, dass sie sich für das Wohl der Bevölkerung interessieren und einsetzen. Das war ihr Versprechen, als sie sich zur Wahl stellten.

Menschen, die Ihr Betroffene seid, Menschen, die Ihr erkannt habt, wo die Ursachen des Klimawandels und anderer Missstände zu finden sind, steht mit uns auf! Zeigt Euch mit uns, tretet mit uns gegen Ungerechtigkeit und Kriegstreiberei auf, helft, den Kapitalismus als Wurzel des Übels zu erkennen.

Hände weg vom Iran, Die USA gießt Öl ins Feuer, erhebt Vorwür-

fe, lügt wie vor dem Irakkrieg. Falsche Bilder werden lanciert, wird ein Angriffsgrund erfunden!

Noch heute haben wir mit den Folgen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zu tun, noch heute müssen Bomben entschärft werden, brennen Wälder ab.

Wir sind mit der „Fridays for Future“-Bewegung einig, stehen an ihrer Seite und stehen mit den jungen Menschen gemeinsam auf. Wollen gemeinsam mit ihnen die Ursachen benennen, sie ausbremsen. Das im Wort gegebene Versprechen der Regierenden (es sind ja nicht nur die Politiker, es sind die Lobbyisten hinter ihnen, die die Interessen des internationalen Finanzkapitals vertreten) zum Wohle ihres Volkes zu handeln, wird zu oft dem persönlichen Mammon geopfert.

Unsere Frage an die Vertreter*innen im Bundestag und Bundesrat: Warum passiert nichts? Hunderte von Wissenschaftlern haben ihre Zuarbeit geleistet. Dem Pariser Klimaabkommen wurde mit Unterschrift zugestimmt!

Es ist verwerflich, dass im Sprachgebrauch der Mensch als Humankapital (nützlich oder überflüssig) eingeordnet und betrachtet wird. Dass im Zusammenhang mit Menschen von „Entsorgung“ oder „entfernen“ gesprochen wird, dass das Töten von Menschen als Kollateralschaden betrachtet wird.

Wir wissen, dass sehr viele Dinge im Argen liegen. Im reichen Staat

BRD sind Milliarden für Rüstung vorhanden. Menschen, alte und junge in dieser BRD leiden Hunger, haben kein Dach über dem Kopf oder können z.B. die Kosten für die Gesundheit nicht mehr aufbringen. Menschen, die ein Leben lang arbeiteten, vegetieren am Existenzminimum. Andere dürfen nicht arbeiten.

Am 6. August 2019 führen wir am Oderturm in Frankfurt (Oder) eine Mahnwache anlässlich des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki durch. Beteiligt Euch daran! Diese Abwürfe 1945 waren keine kriegsentscheidenden Maßnahmen, das war Massenmord am Menschen, um als letztendliches Ziel die Welt beherrschen zu wollen. Der militärindustrielle Komplex strebte damals wie heute an, mit allen kriegerischen und sozialen Einmischungen Maximalprofit auf Kosten von Menschen zu erzielen und seine Macht zu stabilisieren.

Zum 1. September 2019, dem 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen, mit dem der II. Weltkrieg begann, wollen wir demonstrieren und darauf aufmerksam machen, dass Frieden nur da sein kann, wo der Konkurrenzkampf ausgeschaltet wird, wo die Existenzberechtigung aller Menschen akzeptiert wird und für alle die Grundbedürfnisse sichergestellt werden.

Den neuen Vertretern im Landesparlament, der 1. September ist Wahltag, werden wir eine starke Erwartungshaltung mit ins Parlament geben. Unsere Steuern dürfen nicht mehr in Waffenproduktion fließen, sie müssen für die Grundbedürfnisse der Menschen eingesetzt werden. Mit unseren Plakaten zur Demonstration werden wir diese Erwartungshaltung allen neuen Abgeordneten mit auf den Weg geben!

Macht mit, zeigt Euch mit uns – stehen wir gemeinsam auf – zum 1. September 2019, in Frankfurt (Oder)! Wir SODI-Mitglieder sind dabei und stehen auf.

Das Friedensnetz Frankfurt (Oder) stellt die Informationen zum Weltfriedenstag 2019 noch detailliert zur Verfügung.



Foto: Uwe Hirsch

Fast 2000 Aktive kamen zum Berliner Ostermarsch 2019 auf den Rosa-Luxemburg-Platz vor die Volksbühne unter dem Motto „Abrüsten statt Aufrüsten – die Welt braucht Frieden statt Kriegsbündnisse“.



In Verantwortung

Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90

Hans Modrow gehörte zu den zentralen Persönlichkeiten der Wendejahre 1989/90 und blickt anlässlich seines 90. Geburtstages im Gespräch mit Oliver Dürkop und Michael Gehler auf sein politisches Leben zurück. Aufrichtig und offen beantwortet Modrow über 500 Fragen zu seiner Biographie, zur Geschichte der DDR, der Bonner und Berliner Republik sowie zu Weggefährten und Zäsuren. Dieses umfassende Zeitzeugengespräch ermöglicht es Leserinnen und Lesern, tief in die deutschdeutsche Teilungs- und Transformationsgeschichte einzutauchen. Zentrale Daten der deutschen Zeitgeschichte, wie die Gründung der DDR 1949, die Stalin-Note von 1952 oder der Mauerbau 1961, kommen ebenso zur Sprache. Der Schwer-

punkt der Gespräche liegt auf den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989/90: Modrow bekam vor diesem Hintergrund die Chance, auf die höchste politische Entscheidungsebene der DDR zu gelangen, einem Staat, der in seine schwerste Krise geraten war. Er selbst musste in seiner Karriere viele politische Rückschläge einstecken: das Ende der DDR, die Niederlage seiner Partei bei den Volkskammerwahlen im März 1990, die Verurteilung wegen angeblicher Beteiligung an Wahlfälschungen und den Vorwurf der Aktenvernichtung. Als Mitglied des Deutschen Bundestages (1990–1994) und des Europäischen Parlaments (1999–2004) sowie Mitbegründer der Sozialistischen Linken Europas war er trotz allem bis zuletzt politisch aktiv und stritt bis

für die Freigabe seiner BND-Akte.

Modrows Erinnerungen werden mit dem Forschungsstand, Erinnerungen Dritter und seinen bisherigen Publikationen kontrastiert und kontextualisiert. Anmerkungen zu Personen und Ereignissen sowie Dokumente und Fotomaterial aus Privatbesitz komplettierten ein außergewöhnliches zeitgeschichtliches Dokument.

Quelle: Rundbrief der BAG Antifaschismus



Oliver Dürkop, Michael Gehler (Hrsg.), In Verantwortung – Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90
StudienVerlag, 584 Seiten, gebunden, Preis: 49,90 Euro, ISBN: 978-3-7065-5699-6

Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Antifaschismus befasst sich mit Fragen zur extremen Rechten, zur AfD, zu Rassismus und Antisemitismus, nicht nur in Deutschland, auch darüber hinaus. Wir vernetzen uns, tauschen uns aus und versuchen, die vielfältigen Aktivitäten in der Partei DIE LINKE zu verbinden. Etwa zwei Mal im Jahr treffen wir uns zu einer gemeinsamen Beratung, auf der wir uns über aktuelle Entwicklungen austauschen, Erfahrungen aus den Ländern und Praxisbeispiele miteinander teilen und versuchen, Strategien im Umgang mit Rassismus und der extremen Rechten weiter zu entwickeln. Wir verstehen uns als Netzwerk, um die Arbeit in der LINKEN und als LINKE in der Gesellschaft gemeinsamen mit Sympathisantinnen und Sympathisanten gegen die extreme Rechte und gegen Rassismus zu stärken. Auch Nicht-Parteimitglieder sind bei uns herzlich willkommen.

„Rundbrief“ – Zeitschrift der BAG Antifaschismus

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr. Gegenstand der Rundbriefe sind



Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden. Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen. Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Quelle:

<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/weitere-zusammenschluesse/bag-antifaschismus/>

DOKUMENTIERT

Weltklima brennt – Klimanotstand anerkennen

Die Staatenwelt ist dabei, das Klima mit Vollgas gegen die Wand zu fahren: Noch nie in der Menschheitsgeschichte war der globale CO₂-Ausstoß so hoch wie 2019. Noch nie wurde so viel Öl, Gas und Kohle gefördert und verbrannt wie im Jahr vier nach dem Pariser Klimaabkommen. Die aktuellen Klimaziele reichen nicht aus, um die Erderhitzung zu stoppen, und müssen darum deutlich verschärft werden. Um auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und das Ruder rumzureißen, muss jetzt überall, auch in Deutschland, der Klimanotstand anerkannt werden.

Auch hier in Deutschland ist der Klimawandel längst spürbare Realität geworden. Jahr für Jahr werden Hitzerekorde seit Aufzeichnung des Wetters 1881 gebrochen. Alte Menschen können wegen der hohen Temperaturen nicht mehr auf die Straße, allein im letzten Rekordsommer 2018 sind in der deutschen Hauptstadt laut Robert Koch-Institut knapp 500 Menschen an den Folgen der Hitze gestorben, deutschlandweit über 1000. Landwirte bleiben auf Milliarden-Ernteausschlägen sitzen, Flüsse wie der Rhein werden unschiffbar, Autobahnen müssen wegen Hitzeschäden gesperrt werden.

Die Klimakrise ist längst da, aber die Bundesregierung macht auf cool. Als Klima-Weckruf stellt DIE LINKE am letzten Sitzungstag (28. Juni) des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause einen Antrag zur Anerkennung des Klimanotstandes in Deutschland. Bei allen politischen Entscheidungen muss Klimaschutz prioritär behandelt werden und ganz oben auf die Agenda. Als erste Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE die unmittelbare Abschaltung der 20 dreckigsten Kohlekraftwerke. Ein Klimaschutzgesetz muss verbindlich für alle Ministerien Klimaschutzvorgaben machen. Klimaschutz muss sozial gestaltet werden und darf nicht vom Kontostand abhängen.

Lorenz Gösta Beutin, Mitglied des Bundestages, energie- und klimapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Unterstützt unser großes Solidaritätsfest!

Tragt Euch den Termin in den Kalender ein: „Fiesta de Solidaridad“, 27. Juli, Parkaue Berlin-Lichtenberg. Und helft mit, unser großes gemeinsames Solidaritätsfest zu finanzieren!

„Umsonst und draußen“ – das gilt auch in diesem Jahr für unsere „Fiesta de Solidaridad“. Aber unser gemeinsames Solidaritätsfest muss finanziert werden – das Konzert, die Bühne, die Technik, das „Internationale Dorf“, alles kostet Geld, bis hin zu den Transporten und den Toilettenhäuschen. Cuba Si organisiert die Fiesta de Solidaridad mit vielen ehrenamtlichen Helfer*innen und mit der finanziellen Unterstützung unserer zahlreichen Spender*innen.



Auch Du kannst Dich an der Finanzierung der Fiesta beteiligen: Für eine Spende von 5 Euro erhältst Du unseren Soli-Button. Dieses Geld verwenden wir 1:1 für die Finanzierung dieses großen Festes der Solidarität. Holt Euch den Button, tragt ihn am Rucksack oder am T-Shirt – Ihr helft uns damit auch, die Fiesta in Eurem Umfeld und über die Grenzen Berlins hinaus bekannt zu machen.

Und wer packt mit an? Natürlich könnt Ihr uns am 27. Juli auch vor, während und nach der Fiesta unterstützen: beim Auf- und Abbau, beim Mojito mixen, am Bierstand, bei der Tombola ... Meldet Euch bei uns! (berlin@cuba-si.org, oder ruft uns an unter (030) 240 09-4 55, -4 56, -4 57)!

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (033 61) 330 69 • Fax (033 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Di. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (033 66) 202 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (033 64) 442 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

27. Juni 2019, Berlin – Demo: Kein Krieg gegen den Iran



Dem Aufruf der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sind mehr als sechshundert Menschen gefolgt und haben sich trotz tropischer Temperaturen auf dem Pariser Platz in Berlin eingefunden. Die „Vorzeichen“ gleichen erschreckend der Situation vom Frühjahr 2003. Kriegslügen, die Kündigung des INF-Vertrages sowie die nukleare Drohhpolitik münden in einer wachsenden Kriegsgefahr. Dagegen bezieht die Linksfraktion im Bundestag klar Stellung. Kein Krieg gegen den Iran!

Quelle: Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Foto: Olaf Krostitz



Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 6.8. (Klausur, teilw. öffentl.), 27.8. genaue Zeitpunkte und Orte bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (033 61) 330 69, Fax (033 61) 34 26 24

Sitzungen im Juli/August 2019

- Werksausschuss für den 6.8., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Frankfurter Straße 81, KWU, Beratungsraum
- Jugendhilfeausschuss 8.8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 13.8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 15.8., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (033 61) 330 69, Fax (033 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel.(033 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (033 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

von
Dr. Astrid Böger,
Bad Saarow

Ich bewerbe mich um das Direktmandat im Wahlkreis 27

Digitale Transformation auch in Brandenburg voran bringen

Für den Ausbau wirtschaftlicher Strukturen in der Region Oder-Spree

Der Wahlkreis 27 umfasst die Städte Königs Wusterhausen und Storkow (Mark), die Ämter Scharmützelsee und Spreenhagen sowie die Gemeinde Tauche

Als Kandidatin für den Landtag Brandenburg werde ich oft gefragt, welche Ziele ich mir vornehme und warum ich Vertrauen verdiene.

Natürlich muss Vertrauen wachsen. Positiv sprechen aber bereits jetzt für mich meine Qualifikationen und Erfahrungen, als ehemalige Juniorprofessorin an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus, als frühere Geschäftsführerin des Brandenburgischen Instituts für Existenzgründung und Mittelstandsförderung in der Wirtschaft und Industrie, als Jobcoachin in Fürstenwalde. Hier konnte ich lernen, zuzuhören, kritisch nachzufragen, zu verstehen, zu bewerten. Und mit diesen verschiedenen Blickwinkeln möchte ich die besten Lösungen für unsere Region vorantreiben, innovative Prozesse auf den Weg bringen, die das Leben, die Umwelt besser gestalten.

Vor allem in den letzten Jahren habe ich gelernt, dass Titel und Positionen nicht entscheidend sind. Personen, die sie tragen, sollten moralisch und ethisch gefestigt sein. Persönlichkeiten, die sich zur Wahl stellen, sollten verantwortungsbewusst handeln, getragen von einer starken Verbundenheit zu ihrer Heimat, aber auch versehen mit den Kenntnissen darüber, was in der Welt vor sich geht. All dies nehme ich für mich in Anspruch. Als besonders wichtig erachte ich das Wissen über gut funktionierende wirtschaftliche Strukturen. Sichere Arbeitsplätze, ein geregeltes Einkommen, sorgenfreie Infrastrukturen bilden die Grundlage für das soziale Zusammenleben. Eine moderne Ansiedlungspolitik

kann dabei helfen, dem ländlichen Raum wieder eine neue Chance zu geben. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Industrie 4.0 in unserer Region kein Fremdwort bleibt. Ob neue Fabriken für moderne Speichertechnologien, mobile Solaranlagen, intelligente Produkte für das Internet der Dinge – wir benötigen nachhaltige regionale Wertschöpfungskreisläufe.

Digitale Prozesse sind seit mehr als 100 Jahren bekannt. Sie wurden deshalb von Menschen erfunden, um sie von stupiden, monotonen und bürokratischen Tätigkeiten zu befreien, Freiräume für den Geist zu schaffen, um selbst wieder kreativer, produktiver, befreit von existenziellen Ängsten und sozialer Agieren zu können. Innerhalb der letzten Jahrhunderte sind diese Prozesse immer komplexer geworden. Mittler-



Astrid Böger beim Jobcoaching in Fürstenwalde

#Frauen können's

Für digitale Frauenpower und Sicherheit!
Für eine nachhaltige Daseinsvorsorge!
Für Technik zum Wohle des Menschen

weile fressen sie einen großen Teil unseres Alltags auf. Formulare ausfüllen, Anträge schreiben, Paragraphen vergleichen, Rechte durchsetzen – gegenwärtig leben wir noch ein Leben, als wären wir gerade erst in der Zivilgesellschaft angekommen. Dabei existiert ein umfangreiches Wissen, wissenschaftliche Methoden und ein emanzipiertes Denken darüber, wie man alle Herausforderungen der Gegenwart lösen kann. Und nicht erst in fünfzig Jahren. Dank Erkenntnissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dank der Integration digitaler Prozesse in den Alltag werden wir zunehmend mehr Zeit haben, uns wieder um die wichtigen Belange des Lebens zu kümmern – mit

Kindern zu spielen und zu lachen, unsere eigenen Infrastrukturen wieder in Besitz zu nehmen und zu modernisieren, unseren Erfindergeist zu locken, Lebensfreude zu entwickeln, zu begreifen was Freiheit ist und unsere Heimat schöner zu gestalten. Es wird m.E. dringend notwendig, ein Signal dafür zu setzen, dass die Zeit für eine neue Gesellschaft schon längst ansteht, die dem gegenwärtigen technologischen Paradigmenwechsel Rechnung trägt. Mittlerweile sollten traditionelle Ängste vor imaginären „Fressfeinden“, vor „unbekannten“ Religionen, vor Wohnungsnot, Hunger, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne, Ärztemangel längst überwunden sein.

In der Wirtschaft werden mit Begeisterung Strategien geschmiedet, Konzepte entwickelt, Pläne erstellt. Gleiche Marktprinzipien und inspirierende Motivation können auch in unseren Gemeinden gelten.

Ich möchte mich vor allem dafür einsetzen, dass das vorhandene Weltwissen endlich dort ankommt, wofür Erfinder, Wissenschaftler und Denker es ursprünglich vorgesehen hatten – beim Volk.

Und natürlich in unserer Region.

Dr.-Ing. Astrid Böger

- geboren 1967 in Berlin
- wohne in Bad Saarow
- Kinder: 1 Tochter (15 Jahre)
- aktuelle Tätigkeit: Coach, Beraterin, Wissenschaftsautorin

Kontakt:

E-Mail: astrid@aboeger.de

Web: www.aboeger.de • Job-Web: www.astrid-boeger.de